

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Sonntag, 21. Feber 1926.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich fünf

Nr. 45.

## Die Ungeleslichkeit der Sprachenverordnungen.

Das, was durch die Sprachenverordnung der deutschen Bevölkerung zugemutet wird, ist so unglücklich, so aufreizend und unsinnig, daß Hände geschrien werden müßten, um all das Unrecht und den Widerstand zu beleuchten, den diese Verordnung in sich birgt. In den beiden Aufsätzen „Bemerkungen zu den Sprachenverordnungen“ sind schon mehrere Ungeleslichkeiten und Widersprüche beleuchtet worden. Es sei heute eine weitere Blätterlese anderer Bestimmungen vorgenommen, die die Gesetzwidrigkeit der Sprachenverordnung beweisen.

Vor allem muß festgestellt werden, daß die Regierung nicht die Vollmacht besitzt, im Verordnungswege in der Sprachfrage zu bestimmen, was ihr beliebt, sondern, daß die der Regierung eingeräumte Gewalt im Sprachengesetz ganz genau umschrieben und sie — soweit ihre Ermächtigung vom Gesetz erteilt worden ist — auch bestimmte Richtlinien erhalten hat, die zweifellos für sie bindend sind. Es konnte und sollte nach dem Sinn des Gesetzes im Wege der Sprachenverordnungen keinesfalls ein vollständig neues Recht geschaffen, sondern die Regierung lediglich ermächtigt werden, im Geiste des Sprachengesetzes vom 29. Feber 1920, Nr. 122, bestimmte Anordnungen treffen, die ihr ausdrücklich aufgetragen u. inhaltlich ziemlich genau umgrenzt worden sind. Um Umfang und Inhalt der Befugnis der Regierung auf dem Gebiete der Sprachenrechte richtig beurteilen zu können, ist es notwendig, zunächst das Gesetz selbst einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Im Paragraph 1 wird bestimmt, daß die näheren Vorschriften über die Verpflichtung der Staatsbeamten und Bediensteten sowie der Beamten und Bediensteten der staatlichen Anstalten und staatlichen Unternehmungen zur Kenntnis der tschechoslowakischen Sprache durch Verordnung geregelt werden. Von dieser Ermächtigung hat die Regierung im XII. Hauptstücke (Art. 60—67) Gebrauch gemacht. Daß die Bestimmungen absichtlich so getroffen wurden, damit sie der Staatsverwaltung die Möglichkeit bieten, sich der bisher im Wege der Ausnützung des Abbaugesetzes noch nicht entlassenen oder pensionierten deutschen Beamten und Bediensteten zu entledigen, somit die letzten deutschen Angestellten aus dem Staatsdienst entfernen kann, ist schon in den Kundmachungen unserer Partei entsprechend beleuchtet worden. Immerhin hat die Regierung hier eine ihr durch das Gesetz leider eingeräumte Berechtigung zur Anwendung gebracht, wenn auch mißbräuchlich und zu nationalistischen Zwecken. Sie konnte es aber nicht unterlassen, bei diesem Anlasse auch die ihr überschriebene Vollmacht weit zu überschreiten. Sie hat nämlich in Artikel 60 — nachdem im Absatz 1 für die Beamten bei allen Gerichten, Behörden und Instituten, die den Ministerien unterstehen, die vollkommene Beherrschung der tschechischen Sprache vorgeschrieben ist — in Absatz 2 folgendes bestimmt:

„Auch zu Dienrichtern und Gerichtsbeisitzern kann die Staatsverwaltung unter den Bedingungen des Absatz 1 entsprecht.“ (Das heißt die Staatsprache vollkommen beherrscht!)

Obwohl also die Regierung vom Gesetz ausdrücklich nur die Vollmacht erhalten hat, für die Staatsbeamten und Staatsbediensteten Anordnungen bezüglich der Verpflichtung zur Kenntnis der Staatsprache zu erlassen, hat sie — entgegen dem Gesetz — diese Anordnung auch für Laienrichter und solche Gerichtsbeisitzer getroffen, die keine Staatsbeamten, noch weniger Staatsbedienstete sind. Also eine eklatante Gesetzesverletzung!

Der § 2 handelt von den Bezirken mit mindestens 20prozentigen sprachlichen Minderheiten und bestimmt im Absatz 3, daß durch Verordnung festgesetzt wird inwieweit und bei welchen Gerichten und Behörden, deren Wirk-

samkeit auf einen Bezirk mit einer solchen (also mindestens 20prozentigen) nationalen Minderheit beschränkt ist, ebenso wie bei den übergeordneten Instanzen eine Beschränkung auch die Herausgabe der Erledigung bloß in der Sprache der Partei Platz greifen kann. Von dieser Ermächtigung hat die Regierung im Artikel 37 Gebrauch gemacht. Natürlich wieder nicht im Sinne der gesetzlichen Vorschrift. Diese ermächtigt — wie aus der zitierten Bestimmung ersichtlich — die Regierung, in jenen Bezirken, wo eine 20prozentige Minderheit vorhanden ist, die Herausgabe der Entscheidungen an die Angehörigen der nationalen Minderheit nur in deren Sprache anzuordnen und hierbei die näheren Modalitäten zu bestimmen. Indem sie angeordnet hat, daß die einsprachige Verhandlung und Erledigung nur dann platzgreifen hat, wenn für die Verhandlung, beziehungsweise Erledigung nur Parteien einer Minderheit in Betracht kommen, hat sie im Rahmen der ihr übertragenen Vollmacht gehandelt. Die Regierung konnte es aber natürlich nicht unterlassen, auch bei diesem Anlasse dem Gesetz zuwiderzuhandeln und als Voraussetzung für die Zulässigkeit der einsprachigen Erledigung die im Gesetz mit 20 Prozent festgesetzte Minderheit auf 66 Prozent herauszuschrauben. Wieder eine aufgelegte Ungeleslichkeit!

Den weitesten Spielraum für die Willkür der Regierung freilich bietet der § 8. Dieser bevollmächtigt die Regierung, die nähere Durchführung des Gesetzes im Verordnungswege zu bewerkstelligen und im Geiste dieses Gesetzes auch den Sprachengebrauch für die autonomen Behörden, Vertretungskörper und öffentliche Korporationen, sowie für jene Behörden und öffentlichen Organe zu regeln, deren Wirksamkeit sich auf kleinere Sprengel, als ein Gerichtsbezirk ist, erstreckt oder die keinen Sprengel besitzen. Diese Bestimmung war für die Regierung natürlich eine Fundgrube für Akte der Willkür, ein Anlaß, sich in Vergewaltigung kräftig auszuleben. Das vierte Hauptstück gibt hierfür ein breites Zeugnis. Wie die Regierung bei Durchführung des § 38 den „Geist“ des Sprachengesetzes beachtet hat, soll im nachstehenden gezeigt werden. Die Bestimmungen der §§ 2 und 3 des Sprachengesetzes, die von den nationalen Minderheiten handeln, bilden das, was man den „Geist“ des Gesetzes bezüglich der sprachlichen Behandlung der nationalen Minderheiten nennen kann. Im § 2 wird in den Bezirken, wo sich eine mindestens 20prozentige Minderheit befindet, dieser genau das selbst sprachliche Recht eingeräumt, wie den tschechischen Minderheiten in Bezirken mit deutscher Mehrheit. Die Gerichte und Behörden, Richter und Organe müssen in solchen Bezirken Eingaben in der Sprache der Minderheit nicht nur annehmen, sondern auch — unbeschadet einer eventuellen Erledigung in der Staatsprache — in der Minderheitssprache erledigen. Den autonomen Behörden, Vertretungskörpern und öffentlichen Körperschaften macht § 3 wohl zur Pflicht, Eingaben in der Staatsprache unter allen Umständen anzunehmen, gibt ihnen aber das Recht, sie in ihrer Sprache, also in der Minderheitssprache zu erledigen. Deutsche Gemeinden hätten also nach dem Sprachengesetz nicht die Pflicht, tschechische Eingaben tschechisch zu erledigen. Andererseits hätten tschechische Gemeinden mit einer 20prozentigen nationalen Minderheit auch nicht die Pflicht, die Eingaben der Angehörigen dieser Minderheit in der Minderheitssprache zu erledigen.

Also doch eine Art der Gleichberechtigung! Dieser Gedanke der Gleichberechtigung — der ohnedies vom Sprachengesetz nur auf die mindestens 20prozentigen Minderheiten beschränkt war, hat die Verordnung völlig verzerrt. Sie macht sich das Recht an, auf Grund des § 8 allen deutschen Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern — den kleineren deutschen Gemeinden bei Vorhandensein einer 20prozentigen tschechischen Minderheit oder aber wenn auch nur ein einziger tschechischer Vertreter in der Gemeindefrube sitzt — die Pflicht

## Oppositioneller Wahlsieg in Bukarest.

Die Regierung auch in den anderen Städten unterlegen.

Bukarest, 20. Feber. Gestern wurden in den meisten Städten die Gemeindevahlen beendet. Das Wahlergebnis in den Städten ist für die Regierung vollkommen ungünstig ausgefallen. In Bukarest wurden in allen Wahlbezirken die oppositionellen Listen mit großer Mehrheit gewählt, und zwar erhielt die Opposition 16.328, die Regierungspartei 7328 Stimmen. In allen größeren Städten hat die Regierung ebenfalls Niederlagen erlitten, so in Jassi, Galatz, Czernowitz, Kronstadt,

Hermannstadt, Konstanza usw. Die Stimmenanzahl, die für die Regierung abgegeben wurde, beträgt kaum die Hälfte der für die Opposition abgegebenen Stimmen. Die Begeisterung der Opposition über den erzielten Sieg ist ungeheuer. Die Wahlen sind im ganzen Lande verhältnismäßig ruhig verlaufen. In oppositionellen Kreisen erwartet man, daß die Regierung infolge der erlittenen Niederlage sich entschließen werde, zurückzutreten.

## Reichsbannertag in Hamburg.

100.000 Teilnehmer zu erwarten. — 500 Wiener Gäste.

Hamburg, 20. Feber. (Eigenbericht.) Seit heute morgen grühen in Hamburg die Farben der Deutschen Republik den Bundestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Zahllose Privathäuser tragen Flaggenschmuck. In den Straßen und namentlich vor den Hauptbahnhöfen drängt sich eine festliche Menge. Seit 9 Uhr vormittags rollt Zug auf Zug mit Reichsbannerleuten im Hauptbahnhof ein. Die Quartiere sind fast durch-

wegs von Privaten beigelegt worden. Etwa 100.000 Reichsbannerleute werden erwartet.

Nachmittags traf die 500 Mann starke Abordnung des deutschösterreichischen republikanischen Schutzbundes aus Wien in Hamburg ein. Heute abends finden in allen Stadtteilen Fackelzüge und Begrüßungsverfammlungen statt, in welchen Mitglieder des Reichsausschusses die Bedeutung des Tages würdigen.

## Vorzeitiges Ende der parlamentarischen Unternehmung.

Budapest, 19. Feber. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hat heute nachmittags von 17 bis 23.15 Uhr getagt und die Prüfung der Dokumente abgeschlossen. Damit wurde das Beweisverfahren als abgeschlossen erklärt. Nächste Sitzung Samstag nachmittags.

Wien, 20. Feber. Die Blätter melden aus Budapest: Die gestrige unerwartete Schlußsitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Frankfällungs-Affäre soll eine Wendung in der politischen Lage herbeigeführt haben. Die Hoffnung, daß es zu einem Kompromiß zwischen beiden Parteien kommen werde, besteht nicht mehr, da man über die vorzeitige Schließung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses sehr entrüstet ist. Die oppositionellen Ausschussmitglieder wollten nämlich noch einmal einige Vernehmungen durch den Untersuchungsausschuss vornehmen lassen, so u. a. den Grafen Nikolaus Pansffy, den Grafen Emerich Karolyi und den Oberstaatsanwalt Sztrache.

Nach Schluß der gestrigen Sitzung des Ausschusses verammelten sich die Mitglieder desselben zu einer Beratung, die bis 3 Uhr früh dauerte. Es scheint nun diesmal sicher, daß der Untersuchungsausschuss zu keinem einheitlichen Bericht an die Nationalversammlung kommen wird, sondern es wird ihr vielmehr ein Bericht des Referenten der Mehrheit und ein Bericht der Minorität vorgelegt werden. Der Bericht der Mehrheit wird zu dem Schluß kommen, daß die

Regierung für den Frankfällungs-Skandal nicht verantwortlich zu machen sei, während der Minderheitenbericht die Verantwortung der Regierung festlegen wird.

## Gcho des Benes' Szpvo'es im ungarischen Parlament.

Budapest, 19. Feber. Abg. Stefan von Rakovszky hat für den nächsten Interpellationstag eine Interpellation über die vom tschechoslowakischen Minister des Äußern Dr. Benes am 16. Feber gehaltenen Parlamentstede angemeldet.

## Ein französisch-türkischer Vertrag.

Weinliche Ueberraschung in London.

London, 20. Feber. Die Meldungen, welche über den Abschluß eines französisch-türkischen Freundschaftsabkommens berichten, führen u. a. auch an, daß Frankreich der Türkei bedeutende territoriale Zugeständnisse gewährt und auch einen Teil jenes Gebietes, den die Bagdadbahn durchzieht, an die Türkei abgetreten habe. Dieses Abkommen hat der „Daily Mail“ zufolge in England Ueberraschung hervorgerufen und es wird als fast ungläubwürdig angesehen, da es gegen die französisch-englische Verständigung verstoßen würde.

Konstantinopel, 20. Feber. (Savas.) Amtlich wird gemeldet, daß gestern das französisch-türkische Neutralitätsabkommen parafiert wurde. Das Abkommen enthält außer 16 Artikeln des Textes fünf Zusatzprotokolle.

aufzuerlegen, nicht nur jede tschechische Eingabe anzunehmen, was ja im Gesetz vorgeschrieben ist, sondern auch in tschechischer Sprache zu erledigen. Nun sollte man meinen, daß die Regierung — so wie es ja im § 3 des Sprachengesetzes bestimmt wird, das gleiche sprachliche Recht gegenüber der Gemeinde, das sie über die Vorschrift des Gesetzes hinaus dem einzelnen tschechischen Bewohner einräumt, doch auch mindestens einer 20prozentigen deutschen Minderheit zubilligen müßte. Weit gefehlt! Den tschechischen Gemeinden legt sie die Verpflichtung der Herausgabe deutscher Erledigungen überhaupt nicht auf, auch dann nicht, wenn die deutsche Minderheit 49.9 Prozent der Bewohner der Gemeinde umfaßt! Also eine Anordnung, die dem Geiste des Sprachengesetzes, das die anderssprachigen mindestens 20prozentigen Minderheiten nicht schlechter behandelt sehen will als die tschechischen Minderheiten in deutschen Gemeinden, geradezu ins Gesicht schlägt und über deren „Gesetzlichkeit“ wohl vom Obersten Verwaltungs-Gericht gesprochen werden wird!

(Schluß folgt.)

# Der Lügenfeldzug gegen die Sozialisierung.

Die Kapitalisten sollten ihren Goldschreibern größere Hilfe anbedenken, damit ihre Lügen über die Sozialdemokratie nicht schon widerlegt sind, ehe sie gedruckt sind. Namentlich für die auswärtigen Korrespondenzen der Gen.-Presse würde sich eine solche Anordnung dringend empfehlen. Da haben um die Mitte des vorigen Monats die Wiener Kapitalistenblätter Schauerwörter über den Zusammenbruch der „Deutscher Reichs-Werke Arsenal“, einer gemeinwirtschaftlichen Anstalt erzählt und daran natürlich tiefsinnige Betrachtungen über die Unmöglichkeit der Sozialisierung geknüpft. Da sich aber bald herausstellte, daß das, was die bürgerlichen Blätter als Zusammenbruch hinzustellen versuchten, in Wirklichkeit nur eine übrigens seit beinahe zwei Jahren vorbereitete — Reorganisation und zugleich eine wirkliche Sanierung des Arsenal ist, so hat die Wiener bürgerliche Presse ihren Kampf einstellen müssen. Dafür aber tauchen jetzt auf einmal im ganzen Ausland in der bürgerlichen Presse Wiener Korrespondenzen auf, in denen alle die Lügen über das Arsenal und über die Sozialisierung im allgemeinen, die in Wien längst widerlegt sind, noch einmal aufgewärmt werden.

Da es nicht möglich ist, alle kapitalistischen Blätter, die an dieser aufgewärmten Suppe ihr Geschäft machen möchten, zu widerlegen, haben wir den Artikel der „Deutschen Presse“, der seit etwa Jahresfrist in Prag erscheinenden christlichsozialen Blattes, von dem man also annehmen konnte, daß sein Wiener Berichterstatter bei der christlichsozialen Regierung die richtigen Informationen einholen könnte, unserem Wiener Berichterstatter zur Kenntnis gebracht.

Unser Wiener Berichterstatter schreibt uns nun von diesem Lügenfeldzug gegen die Sozialisierung:

Der Kern des Artikels steckt in dem letzten Absatz, in dem als Beweis gegen die Sozialisierung drei Unternehmen angeführt werden: neben dem Arsenal, die Pulverfabrik in Blumau und die Wöllersdorfer Werke. Wir nehmen diesen Absatz zum Ausgangspunkt unserer Darlegung, weil diese drei Unternehmen wirklich typisch sind und weil wir ganz zufrieden sein können, wenn die Welt das Schicksal dieser drei Unternehmungen als Kriterium für ihr Urteil über die Sozialisierung nimmt.

Diese drei Unternehmungen sind nämlich tatsächlich alle aus ehemaligen Rüstungsbetrieben entstanden und hatten alle mit den Schwierigkeiten der Umstellung auf die Friedensproduktion zu kämpfen. Nur irrt der unwissende Berichterstatter, wenn er annimmt, daß alle drei Unternehmungen gemeinwirtschaftlich waren. Der Betrieb in Blumau war ein reiner Staatsbetrieb. Daß er die Schwierigkeiten der Umstellung nicht überwinden konnte, obwohl er die Hilfe der Staatsgewalt zur Verfügung hatte, und obwohl die genialen bürgerlichen Staatsmänner ja ebenso geniale Betriebsleiter beistellen konnten, bedeutet das Scheitern der bürokratischen Staatswirtschaft nicht das der Gemeinwirtschaft, nicht das der Sozialisierung. Zu behaupten, daß der Wöllersdorfer Betrieb ein gemeinwirtschaftlicher Betrieb war, magt auch der christlichsoziale Berichterstatter nicht, also deutet er es in echt jesuitischen Worten an. In Wirklichkeit haben die Sozialdemokraten verlangt, daß auch Wöllersdorf in einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb verwandelt werde, nachdem im Zusammenbruch die Vertrauensmänner der Arbeiter das Werk vor dem Ruin

# Unerhörte kommunistische Demagogie.

## Kommunistische Sekretäre für den Lohnabzug.

In einzelnen Orten haben Betriebsvertrauensmänner mit den Steuerbehörden Abkommen wegen der Zahlung der rückständigen Einkommensteuer der Arbeiter abgeschlossen. Auf die Angelegenheit selbst werden wir noch in den nächsten Tagen ausführlich zu sprechen kommen. Heute wollen wir die abgrundtiefe Demagogie beleuchten, welche die Kommunisten auch bei dieser Angelegenheit betreiben.

Seit Wochen nehmen die kommunistischen Blätter, sowohl das „Rote Pravo“ als auch „Vorwärts“ und „Internationale“ in der heftigsten Weise dagegen Stellung, daß derartige Vereinbarungen, die mit einem dreiprozentigen Lohnabzug für die Arbeiter verbunden sind, abgeschlossen werden. Interessant ist, daß trotz dieser ganzen Presselampagne die kommunistischen Sekretäre sich nicht abhalten lassen, solche Vereinbarungen abzuschließen. Am 8. Jänner 1926 wurde von den Vertrauensmännern der

kommunistischen Arbeiterschaft in Kadno und zwar Josef Macak, dem Führer der kommunistischen Bergarbeiter und dem Sekretär des kommunistischen allgewerkschaftlichen Verbandes Wenzel Tuzek eine Vereinbarung unterschrieben, gemäß welcher der Arbeiterschaft im Kadnoer, Schlaner und Ralsoniger Gebiete beginnend vom 1. Jänner 1926 280 Prozent vom Lohne zur Bezahlung der rückständigen Einkommensteuer abgezogen werden.

Die kommunistischen Blätter müssen nun klare Farbe bekennen. Entweder sind die beiden Sekretäre, welche diese Vereinbarung unterschrieben haben, Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft, dann muß die kommunistische Partei gegen diese sofort vorgehen, oder aber sie sind es nicht, dann ist die ganze Schreibweise der kommunistischen Blätter in den letzten Wochen Demagogie und die Kommunisten muß die Verachtung der schwer um ihre Lebenshaltung kämpfenden Arbeiterklasse treffen.

gerettet und aus eigener Kraft eingerichtet hatten; aber als im Jahre 1920 die Christlichsozialen die Regierung übernahmen, haben sie das Werk an eine Privatgesellschaft verschachert, richtiger gesagt verschleudert, und diese Partiner der christlichsozialen Regierung haben das Werk nach allen Regeln kapitalistischer Räuberei ausgeplündert. Wenn die Wöllersdorfer Werke mit einem Riesensandal zusammengebrochen sind, so war das ein Zusammenbruch eines Privatbetriebes, ein Beweis nicht nur der Unfähigkeit, sondern der Unmoral der Privatwirtschaft, gleich den vielen Bankstößen, die in den letzten Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt haben. Nachdem also in Blumau die Staatsbürokratie, in Wöllersdorf der Privatkapitalismus ihre Unfähigkeit bewiesen haben — in Wöllersdorf sind auch die Staatskommissare an dem Skandal mitkompromittiert, wie ja erst vor einigen Wochen der Generaldirektor Trobisch, gegen dessen Anstellung sich die Arbeiter mit Händen und Füßen gewehrt hatten, der ihnen aber nicht durch die „sozialistischen Freunde“, sondern durch die christlichsoziale Regierung ausgezogen wurde, wegen Unfähigkeit davongejagt wurde — wenn sich also in Blumau und Wöllersdorf der „reine“ Staatskapitalismus und der „reine“ Privatkapitalismus schamlos abgewirtschaftet haben, was würde es beweisen, wenn sich innerhalb des kapitalistischen Sumpfes auch die mit weniger Hilfsmitteln arbeitende, vom Bankkapital angeleitete Gemeinwirtschaft im Arsenal nicht zu behaupten vermöchte?

Aber da kommen wir nun zu dem Ergebnis, daß, während der Staatsbetrieb gescheitert und der Privatbetrieb mit Gestank zusammengebrochen ist, der Gemeinbetrieb, wenn er auch in der Krise, die unsere ganze Wirtschaft bedroht und alle Industrien vor die Existenzfrage stellt, eingeschränkt werden mußte, aufrecht dastand und alle Bedingungen für eine gedeihliche Entwicklung, ja, wenn sich die Konjunktur auch nur halbwegs bessert, zu einer Blüte bietet.

Um die Bedeutung des Kampfes zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft, um den es hier geht, zu verstehen, muß man sich über den Begriff der Gemeinwirtschaft nach österreichischem Gesetz im klaren sein. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen stellen einen

selbständigen nach kaufmännischen Grundsätzen arbeitenden Betrieb dar, der von einer Gebietskörperschaft (Staat, Land, Gemeinde) oder von einer anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmung errichtet wird. In seiner Verwaltung stehen außer den Vertretern der gründenden Gebietskörperschaft auch die Vertreter der Arbeiter und Konsumenten, worunter nicht nur die Abnehmer des Endprodukts, sondern auch die Vertreter der weiterverarbeitenden Industrien verstanden werden. Die Gesamtheit errichtet und verwaltet den Betrieb im Interesse der Gesamtheit.

Was die Kapitalistenpresse als Zusammenbruch darzustellen sich vermah, ist eine Reorganisation, die den unter den ungünstigsten Bedingungen entstandenen Betrieb technisch und materiell auf eine gesunde Grundlage stellt. Das Arsenal ist, was seine Entwicklungsmöglichkeit von vornherein gefährdete, ein bereits im Jahre 1848 entstandener Betrieb. Im Krieg wurde daraus eine Geschützfabrik. Aber die Umstellung auf Friedensproduktion litt darunter, daß der ganze Komplex zu ausgedehnt, die Werkstätten ganz unzuweckmäßig angelegt waren. Daraus ergaben sich die ersten Schwierigkeiten. Das konnte das aber geändert werden, da die zu einer Reorganisation notwendigen Kapitalien bei der allgemeinen Kapitalnot und den hohen Bankzinsen nicht zu beschaffen waren?

Da der ausgedehnte Komplex in den Arbeitervierteln ein Verkehrshindernis bildete, machte nun die Gemeinverwirklichung den Vorschlag, von den etwa 660.000 Quadratmetern 510.000 Quadratmeter dem Arsenal abzulassen und aus ihren Restbeständen hat zu bestehen. Die Gemeinde hätte das Verkehrshindernis beseitigt, eine große Parkanlage angelegt und auch noch große Grundreserven für weitere Zwecke zur Verfügung gehabt. Mit dem Kaufschilling und mit dem Erlös des Verkaufes von überflüssigen Materialien und Halbfabrikaten hätte das Arsenal keine Schulden abgezahlt und seinen Betrieb vollständig reorganisiert.

Da aber die Christlichsozialen die Pläne der roten Gemeindevereine ablehnten, wurde der Vertrag von der Regierung nicht genehmigt. Nun, nach einem weiteren Vierteljahr, in dem die Reorganisation des Betriebes vorbereitet, zum Teil auch bereits durchgeführt wurde, ist ein neuer Vertrag mit der

Regierung geschlossen worden, der zwar den Verkauf an die Gemeinde nicht enthält, aber doch die Vollendung der Reorganisation des Betriebes gestattet. Es wird einen größeren Anteil von Realitäten als früher geplant war, der Bund übernehmen — es ist das vor allem das Seeresmuseum, die Kraft- und Kraftfahrzeugwerkstatt und das Beschriftungsdepot. Außerdem werden die für den reorganisierten Betrieb nicht mehr benötigten Materialien und Fertigerwaren verkauft, wobei die den Verkauf durchführende Gesellschaft — es ist das die „Gesiba“ (Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt) — Vorschüsse darauf auszahlt.

So wird der neue Betrieb — von dessen Zusammenbruch die Kapitalistenbildung felsen-schuldenfrei. Offenbar ist es der Reib, der die Kapitalisten zu ihrer Verleumdungskampagne veranlaßt. Außerdem aber wird der — übrigens schon vor mehr als einem Jahr reduzierte Betrieb in wenigen Objekten konzentriert. Wie wenig von Zusammenbruch gesprochen werden kann, geht daraus hervor, daß den Kern des Betriebes eine auf das modernste eingerichtete, mit den besten Maschinen und mit Rohmaterial und Halbfabrikaten ausgestattete Maschinenfabrik mit Gießerei bildet, in der Gasapparate, Kanalgitter, Müllkübel, Straßenreinigungsmaschinen und Motoren erzeugt werden, und daß diese Fabrik nicht nur einen Stock bestqualifizierter Arbeiter, sondern außer der Gemeinde Wien auch einen Stock auswärtiger Arbeiter besitzt, die ihr die Beschäftigung ihrer derzeitigen 500 Arbeiter sichern, wobei die Erzeugung bei einer Besserung der Konjunktur auch noch verdoppelt werden kann.

Aber neben dem Betrieb der „Österreichischen Werke“ werden auf dem Territorium des Arsenal noch eine ganze Reihe anderer gemeinwirtschaftlicher Betriebe weitergeführt, die alle nicht nur Musterbetriebe sind, sondern auch eine gedeihliche Entwicklung nehmen. Da sind vor allem die „Wiener Holzwerke“, ein blühendes Unternehmen, das auf dem Gebiet der Serienherstellung von Türen und Fenstern führend ist; dann die „Taschner- und Lederwarengesellschaft“, die ein Teil der gemeinwirtschaftlichen Leder- und Schuhfabrik in Brunn am Gebirge ist, und ein prosperierendes Unternehmen darstellt; ferner sind dort die Lagerhäuser der „Gesiba“, deren Vertriebswürdigkeit schon dadurch zur Genüge bewiesen ist, daß gerade die christlichsoziale Regierung es war, die verlangte, daß ihr die treuhänderige Verwaltung des Arsenalkomplexes übertragen wurde.

Wenn sich der christlichsoziale Verleumder darüber beschwert, daß aus dem Erlös der verkauften Waren zuerst die Bankschulden und dann die Zentralpost der Gemeinde Wien, die übrigens nicht mehr als 280.000 Schilling (etwas über eine Million schill. Kronen) hat befriedigt werden sollen, und erst zuletzt der Staat, so muß darauf hingewiesen werden, daß diese Vereinbarung die christlichsoziale Regierung beschlossen hat, während nach dem Plan der Gemeinde Wien auch der Staat befriedigt worden wäre. Uebrigens wird nach der Übernahme der Realitäten durch den Staat dessen Forderung auf etwa 2,5 Millionen Schilling reduziert.

Man sieht, wie es in Wahrheit mit dem Zusammenbruch der Sozialisierung bestellt ist. Jeder Untervorgekommene wird im Gegenteil zu die en Lügenbehauptungen zugeben müssen, daß gerade das Schicksal des Arsenal die Kraft der Gemeinwirtschaft beweist, die in der Zeit, da die größten kapitalistischen Unternehmungen zusammenbrechen oder in ihren Grundfesten erschüttert wurden, in der Zeit, da der vom Staat geführte Betrieb in Blumau scheiterte und der Betrieb in Wöllersdorf vom Privatkapital ausgeplündert wurde, ihren Betrieb reorganisieren und ausbauen konnte. G. P.

# Die Goldwähler am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska  
58 von Emil Droonberg.

„Ja, und zwar wird der Mann Escher einen Brief von Eileen Malony erhalten, in dem sie ihm berichtet, daß sie ihren Vater gefunden hat und in dem sie ihm gleichzeitig noch etwas mitteilt, das ihn veranlassen muß, seinen Job auf dem Claim aufzugeben und für einige Wochen oder Monate irgendwohin zu gehen, wo er uns nicht mehr im Wege ist, — und Eileen Malony wird einen Brief von ihm erhalten, der sie so lange von Dawson fernhält, bis wir unsere Sache hier durchgeführt haben.“

„Was wollen Sie ihnen sagen?“ fragte McPhee, indem er mit seinen feinen, schlanken Fingern, die er gern zeigte, auf seinem Knie herumtrommelte.

„Das muß ich mir erst reiflich überlegen. Denn wir müssen auch hier ganz sicher gehen, und ein einziges falsches Wort könnte die ganze Sache verderben.“

„Das mit dem Schreiben ist ein guter Gedanke, Murphy“, sagte Lynn beifällig, indem er gleichzeitig aus der inneren Brusttasche seines Jacketts eine dicke Brieftasche hervorholte und dieser ein zusammengefaltetes Blatt Papier entnahm, und wenn Sie es verstehen, Handschriften gut nachzuahmen, so wird der Trick auch sicher seine Wirkung tun. Hier ist Eschers Handschrift. Ich habe sie mir in Fort Yukon verschafft. Dachte schon, daß wir sie vielleicht einmal brauchen könnten.“

„Fein!“ rief Murphy erfreut das Blatt flüchtig prüfend. „Das war meine Sorge.“

„Des Mädchens Handschrift für den andern Brief haben Sie ja“, erinnerte ihn McPhee, „in dem Briefe meine ich, den wir damals bei Wat Malony fanden, als er starb.“

Murphy nickte.

„Und hier, eh' ich es vergesse, ist auch noch das Geburtszeugnis von Eileen Malony“, sagte Lynn, indem er seiner Brieftasche noch ein anderes Papier entnahm. „Ich habe es mir, wie Sie mir geschrieben hatten, noch vor meiner Abreise in San Francisco verschafft.“

Murphy nahm es und prüfte es aufmerksam. „Sie müssen aber das Geburtsjahr noch ändern“, mahnte Lynn.

„Ja. — Well alles geht nach Wunsch.“

Der Brief an das Mädchen wird heute noch geschrieben und geht morgen mit dem Gasolinboot der Post für das der Fluß ja schon weit genug offen ist nach Fort Yukon. Für den Brief an Escher muß ich mir erst noch die Zeit berechnen, wann er von Fort Yukon hier eintreffen könnte.“

Die Tür vom Vorzimmer wurde in diesem Augenblicke wieder geöffnet und der Schreiber ersah auf der Schwelle.

„Mister Davy Evans!“ meldete er.

Murphy fuhr betroffen von seinem Stuhle auf und wechselte einen raschen Blick mit seinen Mitbewohnern.

Evans gehörte, zu seinem großen Bedauern, schon seit längerer Zeit nicht mehr zu seinen Klienten. Er schrieb das dem Einfluß Peggys zu, die, wie er wohl bemerkt hatte, aus irgend-einem ihm unerklärlichen Grunde eine Abneigung gegen ihn zu hegen schien. Es mußte also etwas besonderes sein, das Evans zu ihm führte.

„All right“, rief er. „Wir sind gerade zu Ende. Good by, Miss Malony and Gentlemen.“

Sie erhoben sich von ihren Sätzen und traten hinaus in das Vorzimmer.

Dort erhob sich Davy Evans von seinem Stuhle.

„Hallo, Davy, how are you, old chap?“ rief ihm McPhee zu.

Eine kurze Begrüßung untereinander folgte. Während die drei dann die Office verließen, betrat Davy Evans das Sanctum des Mr. Bert Murphy, Solicitor and Barrister at Law.

## XVII.

### Auf dem Claim.

Die Arbeit auf Evans Claim war im vollen Gange, denn der Fluß war aufgetaut und führte mit den von den anliegenden Bergen herankommenden zahlreichen Bächen und Rinnsalen Hochwasser.

Unter der Leitung eines Foremans, dem Escher jetzt hauptsächlich für die nötigen christlichen Arbeiten und Buchungen als Unteraufseher beigegeben war, beschäftigte Evans hier zwanzig Arbeiter.

Wie fast überall wurde hier mit Schleusenlästen gewaschen, aber es war schon die Rede davon, daß sobald der Fluß wieder schiffbar sein würde, große Dampfermaschinen und Waschvorrichtungen herangeschafft würden, um die Arbeiten in größerem Umfange ausführen zu können.

Diese Schleusenlästen Long Toms genannt, bestehen aus drei je fünf bis sechs Fuß langen, schmalen Holzstäben, die an den Enden mit durchlöchernten Platten aus Eisenblech verschlossen sind. Einer mündet in den anderen, und sie werden auf einer Unterlage von Steinen oder Pfählen schräg aufgestellt, so daß das am oberen Ende eingelassene Wasser mit gutem Gefälle durchfließen kann.

In diesen ersten Rasten werden die ausgegrabenen, goldführenden Schuttmassen geschauvelt und das einlaufende Wasser schwemmt alle erdigen und lehmigen Teile durch die durchlöchernte Eisenplatte am Ende in den zweiten Rasten, so daß nur die größeren Steine und Riesel jurid-

bleiben, die von Zeit zu Zeit herausgeschauvelt werden.

Im zweiten Rasten vollzieht sich der gleiche Prozeß noch einmal mit dem durch die erste Eisenplatte mit durchgeschüttelten feineren Geröll.

Der dritte Rasten ist der Risselkasten, so genannt, weil sein Boden mit „Risseln“ versehen ist. Das sind entweder aufgenagelte Querleisten oder Fugen zwischen den einzelnen Stücken der oberen Bretterlage des doppelten Bodens. Da das Gold bedeutend schwerer ist, als Sand und Steine, so sinkt es beim Passieren der Rasten auf dem sich bildenden Schlammwasser zu Boden und wird zuletzt von den Risseln zurückgehalten. Weist werden diese mit Quecksilber ausgefüllt, das leichter als Gold, aber schwerer als alles Gestein ist. Wenn nun das Schlammwasser über das Quecksilber hinwegfließt, so sinken alle Goldteilchen in dieses ein, während Sand und Steine darüber hinweggleiten.

Je nach der Arbeitsleistung und der Menge des Goldes wird der Risselkasten dann wöchentlich oder auch nur monatlich geleert, und das Gold, das sich inzwischen mit dem Quecksilber verbunden hat und zu Amalgam geworden ist, von diesem wieder getrennt. Das geschieht entweder dadurch, daß man das Quecksilber durch ein weiches Leder zieht, wobei das Gold zurückbleibt, oder durch Destillation. In beiden Fällen ist das Quecksilber dann wieder verwendbar wie zuvor.

In dieser Weise erfolgte die Arbeit auf allen Claims, und soweit Escher an dem gewundenen Flußufer entlang blicken konnte, wimmelten an seinen Hängen die Goldgräber durcheinander wie Ameisen.

Drei Wochen lang saß Escher jetzt hier, und die Tage begannen schon langsam warm zu werden. Mit der Wärme kamen freilich auch die Schwärme der Moskito und Fliegen, die die Hölleplage des Nordlandes, zum Vorschein.

(Fortsetzung folgt.)

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1926.

# Inland.

## Ein kommunistischer Freudenbruch.

Die kommunistische Presse ist, wie nicht anders zu erwarten war, über unsere Auseinandersetzung mit den tschechischen Sozialdemokraten geradezu in einen Freudenrausch verfallen worden. Insbesondere die Kuffiger „Internationale“ hat an vor Aufregung über diesen Fall, mit dem sich ein paar gut-proletrische kommunistische Heftartikel gegen die Sozialdemokratie bestreiten lassen, kaum das Wasser halten. Von einer schlichten Stellungnahme der Kommunisten zu den Streitfragen ist in tüchtig keine Rede; weder verhalten sie ein Wort darüber, daß der ununterbrochene, schärfste Kampf unserer Partei und Presse gegen das weiße Ungarn doch über jeden Zweifel erhaben ist, noch finden sie irgend ein Wort über die von den tschechischen Sozialdemokraten bestreitete Berechtigung unseres Kampfes gegen die Epochenordnungen, die wahrscheinlich Herrn Smerl wenig Mißbehagen bereiten und darum auch für Herrn Wünsch mit ein paar Notizen abgetan sein müssen. Diese Herren sehen anderswo politische, das heißt Parteivorteilhaftigkeiten zum Kampfe, nämlich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie, den man jetzt wieder für eine Weile mit dem Streit der beiden großen sozialdemokratischen Parteien dieses Landes nähren will. Immer wieder entdecken die Kommunisten, daß tschechische und deutsche Sozialdemokraten nicht einer Meinung sind, und ziehen aus dieser Tatsache tiefstimmige Schlüsse über die Londoner Internationale. Sollen wir aus dem unerschöpflichen Material der inneren Kämpfe, Krach und Krifen der sogenannten Dritten Internationale ausspähen, zwischen deren einzelnen Parteien es keine Auseinandersetzungen gibt, weil die Moskauer Diktatoren auch nur einen Versuch dazu mit Reichendieben niederschloßen würden, in welchen „einheitlichen“ und „einigen“ Landesparteien oder alles drunter und drüber geht? Die kommunistische Partei Frankreichs ein Wespennest, die Deutschlands ein Affentheater, die in der Tschechoslowakei noch vor einem Jahr durch ein beispielloses moore Kritik fast am Rande ihrer Existenz und selbst in Rußland seit Jahr und Tag ein unersättlicher Gärungsbrock, dessen Verurteilung noch gar nicht abzusehen sind — und da wollen die Herrschaften „kommunisten“ auf unsere Auseinandersetzung mit den tschechischen Sozialdemokraten als auf etwas hinweisen, was ähnlich in den Moskauer Kommandos nicht möglich ist? Ihre Freude entspringt ja doch nur dem beängstigenden Bedürfnis nach Ablenkung von der Arbeit und darauf werden auch die kommunistischen Arbeiter sehr bald kommen.

## Der Kampf gegen den 18monatigen Präzedenzfall.

Die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte in das Prager „Lidovy dom“ eine Demonstration Kundgebung der sozialdemokratischen Jugend gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Wehrgesetzes einberufen. Die Polizei hat diese Kundgebung dadurch verhindert, daß sie die Ausschließung von Plakaten verboten hat. Infolge schwacher Beteiligung wurde beschlossen, die Kundgebung auf einen der nächsten Tage zu verlegen. In einer Resolution wurde konstatiert, daß die sozialdemokratische Jugend auf das entschiedenste gegen die geplante Verschlechterung des Wehrgesetzes, sowie gegen den Vorgang der Polizeiorgane protestiert, die die Kundgebung verhindert haben. Die Partei und alle leitenden Funktionäre werden aufgefordert, nicht nur ihre Zustimmung zur Verschlechterung des Wehrgesetzes zu versagen, sondern die Reform der Wehrpflicht, bezugs Einführung des Militärsystems zu fordern. Es ist, erklärt hierzu das „Pravo Lidu“, interessant, daß die Polizei die Veranstaltung einer Kundgebung für den 18monatigen Präzedenzfall verweigert, obwohl der 18monatige Präzedenzfall schon in das Gesetz aufgenommen worden ist, als das Wehrgesetz geschaffen wurde. Das Blatt fragt: „Ob sind die Polizeiorgane dafür da, um die Verwirklichung von Forderungen zu verweigern, deren Erfüllung das Gesetz verspricht.“

Die „Přítomnost“ schreibt zur Frage der geplanten Verhinderung der Verfüzung der Militärdienstpflicht: „Bekanntlich wäre nach dem Gesetze jetzt die Verfüzung der Militärdienstpflicht von 18 Monaten auf 14 durchzuführen. Ein Staat in finanziellen Schwierigkeiten (daß wir ein solcher sind, unterliegt keinem Zweifel), sollte von dieser Erleichterung Gebrauch machen. Wir sehen jedoch, daß von allen tschechischen politischen Parteien lediglich die Sozialdemokraten diese Forderung vertreten. Die Diskussion wurde durch einen Artikel im „Cestloslovenský Rozpis“ gefördert, welcher uns die ungeheuren Aufgaben vor Augen führte, die unserer Armee zufallen. Er berechnete, daß „unsere Grenzen, welche an Deutschland, Oesterreich Ungarn, Rumänien und Polen grenzen, zusammen 3900 Kilometer betragen. Davon sind bloß 102 Kilometer gesichert, nämlich jene Grenzen, welche wir mit Rumänien, dem Mitglied der Kleinen Entente gemeinsam haben. Der Rest, eine ansehnliche Summe von Kilometern, ist ungesichert und betrifft Staaten, welche unsere Feinde werden können.“ Ferner schreibt die „Přítomnost“: „Unsere Nation steht seit zwei Jahrhunderten in wohlthuender Fühlung mit dem Zeitgeist. Unsere nationale Auferstehung wurde nicht nur durch den Aufstrengungen Einzelner bewirkt, sondern durch den Geist jener Zeit hervorgerufen und ermöglicht. Alles was damals in Frankreich, England, Deutschland gedacht wurde, arbeitete für uns

# „Der böse Geist unserer Gesetzgebung“.

## Erkenntnisse eines Blattes der tschechischen Sozialdemokraten.

Während das „Pravo Lidu“ sich noch jedesmal zum Verteidiger der reaktionären Tätigkeit der Koalition aufgeschwungen, finden sich in der Provinzpresse der tschechischen Sozialdemokraten wenigstens gelegentlich Urteile über ihr Wirken, aus denen hervorgeht, daß es auch tschechische Sozialdemokraten gibt, denen vor dem in der Koalition vorherrschenden Geist und seinen Früchten zu grauen beginnt. So schreibt gestern die Brüner „Straz Sozialismu“:

„Nach der Verfassung hat jeder Staatsbürger die Freiheit der Kritik auch in religiösen Dingen. Aber wenn ein Redner in einer Versammlung sagt, Papst Johann XXIII sei in der Jugend ein Zerräuber gewesen, oder die Heiligkeit des Heiligen Johann von Nepomuk sei problematisch, so gerät er mit dem Gesetz zum Schutze der Republik in Konflikt und wird er dem Gerichte angezeigt, so erfolgt auch seine Verurteilung...“

Der Literaturkritiker der „Tagespresse“ verfaßt eine abfällige Kritik über ein neues literarisches Werk. Der Autor klagt ihn wegen Ehrenbeleidigung nach dem Preßgesetz vor dem Amtsgericht. Wenn der Autor der Kritik bekannt ist, wird sowohl er wie der verantwortliche Redakteur und der Herausgeber des Blattes bestraft! Wo ist durch die Verfassung die Freiheit der Presse gewährleistet?

Nach der Verfassung hat der Lehrer in der Schule das Recht, dem Schülern historisch und wissenschaftlich festgestellte Wahrheiten vorzutragen. Aber wenn er es wagt, den Schülern Davids Epligramme oder einen Auszug aus Virgils „Aeneide“ vorzulesen, von der heiligen Inquisition oder falschen Wundern zu erzählen, wird ihm nicht nur eine Disziplinaruntersuchung an den Hals gehängt, sondern öfters auch eine strafgerichtliche Untersuchung nach dem Gesetz, wenn er die historisch festgestellte Wahrheit vortragen hat!

Nur der in unserer Gesetzgebung sich umtreibende böse Geist kann der Urheber des Gesetzes über die Restriktion der staatlichen Angestellten gewesen sein. Dieses Gesetz hat viel böses Blut und der Republik in den Reihen der Staatsangestellten viel Feinde gemacht, von denen es eine große Zahl in die Arme der Kommunisten getrieben hat. Schließlich hat es vollständig sein Ziel verfehlt. Um pro? Wem hat das Abhanggesetz genützt? Der Republik? Ach nein! den Kommunisten!

Eben jetzt wird das neue Besoldungsgesetz für die staatlichen Angestellten gebrant, denen vor drei Jahren die Gehälter reduziert wurden, da eine wesentliche Senkung der Preise der Lebensmittel und Bedarfsmittel erwartet wurde. Nur erwartet, denn eingekehrt hat sie sich nicht. Die staatlichen Angestellten waren damals nur das Versuchslaninchen, es wurde ihre Existenz bedeutend verschlechtert und erst jetzt soll das an ihnen verübte Unrecht gutgemacht werden. Aber die Staatsangestellten befürchten, daß auch das neue Besoldungsgesetz ein

Unsere Wiebergeburts wäre ohne jenen Liberalismus erleuchteter Geistes, dem der Feudalismus und geistlose Zentralismus unterliegen, unmöglich. Schon nach unserer Erneuerung schritten wir durch das ganze neunzehnte Jahrhundert hind in Hand mit dem Geist der Zeit. Wenn das neue Europa nichts anderes sein sollte, als wieder der Schouplav von Kriegen und einer gegenseitigen Zerfleischung, dann ist es mit uns so oder so schlecht bestellt, und bloß mit den Kräften unserer winzigen Armee werden wir die Selbständigkeit gewiß nicht erhalten. Wir können nur aufrichtig an den Geist des neuen Europa glauben und dürfen nicht auf Dr. Kraváček achten, welcher sagt, eine starke Armee sei ihm lieber als der Geist von Coarano. Verwirren wir selbst nur nicht den Geist der neuen Zeit, sondern schlagen wir uns mit vollem Vertrauen auf die Seite derjenigen, welche an eine bessere und vernünftigeren Zukunft glauben. Der Geist der neuen Zeit sagt, daß der Mensch auf Erden in Frieden leben und nicht überflüssigerweise für internationale Konflikte sterben soll, die auf andere Weise geregelt werden können.“

Die Dienstaufhebung des Senates. Dienstag, den 23. Feber, um 16 Uhr, findet eine Plenarsitzung des Senates mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des verfassungsrätlichen Ausschusses über die Tätigkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiter in Angelegenheit der öffentlichen Wege und Wänten in der Slowakei und Karpatenrußland. 2. Antrag des Senators Sochor und Gen. betreffend die Bildung eines 18gliedrigen Staatsangestelltenausschusses. Vor der Plenarsitzung findet eine Konferenz des Senatspräsidenten und der Klubmänner statt. Nach der Plenarsitzung tritt das Senatspräsidium zusammen. Vor der Plenarsitzung werden der Wehrschutz der Volkswirtschafts, der Außen- und der Gewerbe- und Handelsausschuss ihre konstituierenden Sitzungen abhalten.

Plinlas neue „Real“-Politik. Der agrarische „Slov. Den.“ nimmt die Verhandlungen zwischen den slowakischen Volksparteitern und Svehla zur Kenntnis und betont das Faktum, daß die Volksparteiteller selbst zur neuen Taktik übergegangen sind und daß ihr erster Schritt zu Svehla über eine informative Sitzung mit Dr. Hodka geführt

neuer Fehler unserer Gesetzgebung sein werde, da die Regierungsvorlage nur den allerhöchsten Kategorien der Staatsangestellten zugehen will. Es wurde eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen, namentlich von unserer Partei, zur Regierungsvorlage eingebracht, aber dem Abgeordnetenhaus wurde dennoch der Regierungsentwurf in der ursprünglichen Fassung vorgelegt. Wenn dieser Entwurf nicht radikal geändert wird, gehen zahlreiche Staatsangestellte leer aus. Es besteht sogar die Befürchtung, daß viele weniger erhalten, als bisher, beziehungsweise daß sie bei den bisherigen Bezügen länger als nach dem bisher geltenden Gesetz stehen bleiben. Die Zulagen werden bei den niedrigeren Kategorien und auch bei den Professoren zwischen 40 und 60 K monatlich betragen. Was wurde schon alles für ein Geschrei und Lärm mit dem Besoldungsgesetz gemacht! Und schließlich: werden nicht im Regierungsentwurf gründliche Änderungen vorgenommen, wird wieder nur eine Maus geboren werden...“

Wie lange ist bereits das Gesetz betreffend die Schaffung von Gauen in Geltung, durch das die Landbesitzer in ihrer alten monarchistischen Zusammenfassung abgeschafft werden! Und dennoch sind diese monströsen Schulden mit den Vertretern aller kirchlichen Gesellschaften noch immer beikommen. Die Akerikalen beginnen schon sogar Treiberien für die Verfassung der Landbesitzer!

Ebenso lang haben wir auch das Gesetz von der Beschlagnahme der Großgrundbesitze aller, also auch der kirchlichen. Aber wie viel dieser Großgrundbesitze der Kirche wurden tatsächlich schon vom Staate beschlagnahmt!

Bei einem solchen Stande der Dinge steigert sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, namentlich unter der Arbeiterschaft und in den Reihen der Staatsangestellten. Es besteht hier eine unfehlbare Mißstimmung und schon erheben sich Stimmen, ob unsere Partei weiter eine Politik der Koalition oder der Opposition machen soll. Inzwischen wird in den Händen der Akerikalen immer mehr die Macht vereinigt, die bereits das Heft der Justiz insiziert haben und die nun das Ministerium des Innern beherrschen. Diese Unzufriedenheit erwacht hauptsächlich aus dem gesetzgeberischen Stillschanden. Jedes Gesetz muß notwendigerweise bei der gesamten Bevölkerung ebenso wie die in Stein gemeißelten zehn Gebote Autorität genießen. Belehrt keine allgemeine Achtung vor den Gesetzen, so bedeutet dies eine Erschütterung der Republik in ihren Grundlagen. Dessen müssen sich unsere gesetzgeberischen Körperschaften schließlich bewußt werden!

Was von uns alles immer und immer wieder gesagt wurde wofür wir aber vom „Pravo Lidu“, angefahren wurden. Es bleibt nur zu wünschen, daß die oben ausgesprochenen Erkenntnisse in der tschechischen Sozialdemokratie allgemein werden und von Dauer bleiben.

Ueber die Verhandlungen selbst erklärt das Blatt, es habe sich verwickelt, was die Agrarpartei wiederholt gesagt habe, daß nämlich das allgemeine Interesse die Teilnahme der slowakischen Volksparteiteller an der Regierung erfordere. Der Beginn bedeute nicht alles, aber gut sei, daß begonnen wurde, auf Grundlage realer Politik zu verhandeln.

Aus den Geheimnissen der Restgüterteilung. In der Pilsener sozialdemokratischen „Rova Doba“ wird in einem längeren Artikel auf die Unzulänglichkeiten bei der Vergebung der Restgüter durch das Staatliche Bodennam hingewiesen und u. a. ausgeführt, daß die Restgüter zu 75 Prozent als Brandschadung jenen Leuten gegeben werden, die bei Wahlen kein Mandat erhalten haben, Leuten, die etwas wissen, aber schweigen lassen, Leuten, die sich auf ihren Posten nicht bewährt haben und bei Entfernung von diesen ihren Posten, damit sie die Entfernung nicht schmerze, als Zugabe Restgüter erhalten!

Von der Bodenreform zum Bodenschacher. Die Legionärgemeinde beschwert sich, wie „Nar. Slov.“ meldet, daß der Direktor der Filiale der tschechischen Agrarbank in Brünn, Audeřle, durch Vermittlung des staatlichen Bodennamens für seinen Schwiegerohn, Ing. Jezek, einen Fabrikanten in Blansko, das Restgut Plansk gefaßt habe. Es sei nicht zum erstenmal, daß durch Vermittlung dieser dem Bodennam nahe stehenden Bank Restgüter an Personen verkauft wurden, die mit der Landwirtschaft überhaupt nichts zu tun haben.

## Polnisch-litauisches Grenzgepöinkel

Warschau, 20. Feber. Aus Wilna wird gemeldet, daß gestern eine litauische polnische Militär die polnisch-litauische Demarkationslinie überschritten und die polnischen Grenzposten in der Nähe der Ortschaft Bobaje angegriffen habe. Die polnischen Grenzabteilungen waren gezwungen, vor den überlegenen litauischen Kräften zurückzuweichen. Die litauischen Soldaten besetzten sobann eine einen halben Kilometer gegen Wilna vorgeschobene Demarkationslinie.

## Polens Ratschik a'alehnt.

London, 20. Feber. Die vor einigen Tagen mitgeteilten Informationen über die schiedlichen Aussichten der neuen Kandidaturen für den Völkerbundrat werden durch folgende Verlautbarung der „Times“ bestätigt.

Heute kann bereits in bestimmter Weise erklärt werden, daß keine Hoffnung für Polen besteht, im nächsten Monate zum ständigen Mitgliede des Völkerbundrates ernannt zu werden. Der Gedanke, daß dies gleichzeitig mit der Annahme Deutschlands geschähe, ist in den letzten 14 Tagen sehr stark in Frage gestellt worden, doch war von allem Anfang an klar, daß die Gelegenheit hierzu ungeeignet ist. Die Art, wie der Gedanke auftauchte, hatte den Anschein, ein sehr ernstes Mißverständnis hervorzurufen und so eigentlich das Wiener Friedenswerk eher zu hindern, als es zu fördern. Gegen eine plötzliche Erweiterung des Völkerbundrates in dem Momente, in welchem Deutschland in denselben eintritt, haben sich in England und in anderen Ländern kräftige oppositionelle Stimmen erhoben und die Nachsicht, daß Schweden gegen eine Kooptierung neuer Mitglieder des Völkerbundrates außer Deutschland sein Veto einlegt hat, hat das Schicksal des Vorschlages besteselt. Eventuelle weitere Schritte in Angelegenheit des Ansehens Polens um einen dauernden Sitz im Völkerbundrat werden, wie man annehmen kann, erst nach direkten Beratungen unter den Hauptmitgliedern des Völkerbundes mit Einschluß Deutschlands unternommen werden.

## Schwedens Veto.

Stockholm, 20. Feber. (Kavas.) Die schwedische Presse erklärt einmütig, daß sich die Regierung gegen jeglichen Vorschlag auf Erweiterung oder Regelung der Ratschik stellt, mit Ausnahme des Vorschlages auf Erweiterung eines ständigen Sitzes an Deutschland. Diese Pressebestimmungen entsprechen vollkommen der Wirklichkeit. Schweden wird sich im Rat gegen jegliche Erweiterung der Zahl der ständigen Sitze ausprechen und betont, daß seine Argumente ausschließlich auf prinzipiellen Rücksichten basieren und nicht auf persönlichen:

1. sind die kleinen Staaten an der Erhaltung des heutigen Gleichgewichtes zwischen dem Rat und der Völkerbundversammlung interessiert. Durch Erweiterung des Völkerbundrates würde sich der gesamte Einfluß im Rat auf Kosten der Versammlung konzentrieren.

2. muß das Prinzip der abwechselnden Vertretung der Staaten im Rate streng eingehalten werden, so daß es allmählich allen Staaten zu gute kommt, die Mitglieder des Völkerbundes sind

## Fromme Win'de

der Deutschnationalen nach einer Verfassungsänderung.

Berlin, 20. Feber. (Eigenerbericht.) Die deutschnationale Reichstagsfraktion unternimmt einen neuen Vorstoß gegen die Reichsverfassung. Sie brachte heute den Antrag ein, einen Ausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Reichsverfassung auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einer Revision unterziehen soll. Diese Abänderung soll vor allem darin bestehen, daß der Artikel 54 aufgehoben oder mindestens im Sinne der Stärkung der Regierungsgewalt abgeändert werden soll. Der erwähnte Artikel bestimmt, daß die Reichsregierung zunächst ein muß, wenn sie nicht das Vertrauen des Reichstages bezieht. In Zukunft solle, wenn es nach den Deutschnationalen angeht, die Reichsregierung nicht mehr vom Reichstag, sondern vom Reichspräsidenten abhängig sein. Ferner soll neben dem Reichstag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung eine Körperschaft eingeschaltet werden, deren Mitglieder nicht im Wege allgemeiner und direkter Wahlen bestellt werden sollen. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß diese frommen Wünsche der Deutschnationalen nicht die geringste Aussicht haben, in die Tat umgesetzt zu werden.

## Die Varmat-Unternehmung

vor dem Abschluß.

Berlin, 20. Feber. (Eigenerbericht.) Nachdem die Anklageschrift gegen die Brüder Varmat fertiggestellt und zu erwarten ist, daß sie dem Untersuchungsamt des Reichsjustizministeriums in den nächsten Tagen zugehen wird, sollen im Laufe des Monats März die Beratungen des Ausschusses zu Ende geführt werden. Wessen die Brüder Varmat eigentlich beabsichtigen werden, hat man noch nicht erfahren.

## Ein Gewaltreich des griechischen Diktators.

Internierung der oppositionellen Führer auf e'nter Insel.

Athen, 20. Feber. Durch die Einsetzung eines außerordentlichen Kriegsgerichtes hat die Diktatur des Generals Panagolos jede Aktion der Opposition unmöglich gemacht. Die oppositionelle Presse ist verboten und alle hervorragenden Gegner der Diktatur verhaftet. Die verhafteten Militär- und Zivilpersonen wurden auf ein Schiff gebracht, das heute nachs zu seiner Fahrt auf die Insel Santorin in See geschoben ist. Diese Insel soll 13 vorläufiger Aufenthalt für die Verhafteten dienen. Der ehemalige Ministerpräsident Kafandaris wurde gleichfalls angefordert, sich auf diese Insel zu begeben, und ist mit demselben Schiffe abgereist.

# Tages-Neuigkeiten.

## Der „Sozialist“.

„Sie müssen nämlich wissen, ich bin Sozialist.“ Mit diesen Worten beendete der dicke Herr, der in dem gut besuchten Kleinstadtrestaurant beim Mittagstisch zufällig mir gegenüber saß, seine langweilige, weißschweifige Erzählung über eine geschäftliche Auseinandersetzung. Er hatte scheinbar seine gesamten juristischen, kaufmännischen und praktischen Kenntnisse darin leuchten lassen, seine Ueberlegenheit gegenüber einer mir unbekanntem, gleichgültigen, vielleicht erdichteten Person hervorgehoben, um einem Fremden zu imponieren, also seine Eitelkeit auch während des Mittagmahles zu befriedigen. Den letzten Satz hatte er als Trumpf mit besonderer Betonung hinzugefügt, um gewissermaßen dem Ganzen die Krone einer höheren ethischen Lebensauffassung aufzusetzen. Als ich nichts antwortete, verbesserte er sich, indem er das reichlich von den Mundwinkeln triefende Fett abwischte: „Das heißt, ich bin Sozialist, aber mit Vernunft. Die irrsinnigen, bolschewistischen Forderungen der Arbeiter verurteile ich auf das entschiedenste. Jedem das Seine — aber mit Maß.“

Mit überlegenem Lächeln ließ er den Blick des Siegers über mich gleiten und war nicht wenig überrascht, statt der erwarteten bewundernden Anerkennung nur die Frage zu hören: „Was verstehen Sie unter irrsinnige bolschewistische Forderungen?“

Die Erklärung und Begründung seiner großsprecherischen Redensarten schien ihm nicht geläufig zu sein, er schnappte nach Luft, schob einen riesigen Bissen in den weitgeöffneten Mund, um laute Zeit zum Nachdenken zu gewinnen, und sagte dann: „Nun, die Arbeiter mühten sich noch weiter zu entwickeln, ich bin für den Fortschritt. Aber Forderungen, wie Achtstundentag, Mieterschutz, Aushebung des Mütterzwanges etc. können ja wirklich nur die ‚Ordnung‘ auf den Kopf stellen.“

Da wußte ich genug! Zu oft nur erfährt man, daß engherzige Leute, die ihre eigenen Interessen vertreten oder ein ihnen persönlich zugefügtes Unrecht bekämpfen, sich mit der Allgemeinheit verwechseln und glauben, Sozialisten zu sein.

Da ich keine Lust mehr hatte, mit diesem selbstfüchtigen Spießer weiter zu debattieren, zahlte ich und betrat gleichzeitig mit ihm die Straße. Vor dem Lokal bestellte eine blasse, dürftig gekleidete junge Frau, ein elend aussehendes schmutziges Kind am Arm. Er ging vorbei. Als ich ihn einholte, meinte er: „Gräulich, diese Bettelerei, man müßte den ganzen Tag die Börse in der Hand haben. So eine junge Person könnte doch wirklich arbeiten.“

Rudolf Ballabem.

**Heinrich Stumvolls letzter Weg.** Freitag nachmittags wurde in Nikolsburg unser Genosse Heinrich Stumvoll zu Grabe getragen. Die ungeheure Beteiligung an dem Begräbnisse zeigte, welcher Verehrung und Beliebtheit sich Genosse Stumvoll nicht nur bei seinen Parteigenossen, sondern in der gesamten Bevölkerung erfreute. Aber nicht nur die Nikolsburger Bewohner gaben fast vollständig dem Verstorbenen das letzte Geleit, sondern auch aus der näheren sowie weiteren Umgebung der Stadt waren Freunde herbeigeeilt, um von Heinrich Stumvoll Abschied zu nehmen. Im Vorraum des Rathauses war der Sarg aufgebahrt und viele Blumen- und Girlandengewinde mit roten Schleifen schmückten den Raum. Einige Minuten nach 4 Uhr setzte sich der fast unübersehbare Leichenzug, dem eine rote Fahne vorangetragen wurde, unter den Klängen eines Trauermarsches in Bewegung. Am offenen Grabe nahm Gen. Gold von dem so früh dahingegangenen Genossen in innigen Worten namens der Reichspartei, der Kreis- und Bezirksorganisation sowie der Nikolsburger Organisation Abschied. Er schilderte die unermüdete Arbeit, welche der Verdienende für das Proletariat nicht nur für das seiner Heimatstadt, sondern für das der gesamten Republik geleistet hat. Gen. Gold wies in seinen Abschiedsworten darauf hin, daß die überaus große Beteiligung an dem Begräbnisse der deutlichste Beweis sei, daß Genosse Stumvoll, der als Opfer des Weltkrieges dahinstarb, ein warmer Freund der schaffenden Bevölkerung, des Proletariats war, das ihn nun schwer missen wird. Gen. Gold dankte dem treuen Freund für all die aufopferungsvolle Arbeit, welche er im Dienste des Proletariats geleistet hat und gab namens der Partei das Versprechen, das Werk, welches Stumvoll begonnen hat, fortzusetzen, in seinem Sinne weiter für das Proletariat zu arbeiten. Hierauf nahm der Obmann der Ortsgruppe Nikolsburg der Kriegsgeschädigten von Heinrich Stumvoll Abschied. Im Auftrage der Zentralgewerkschaftskommission Reichenberg und der Kreisgewerkschaftskommission Brünn verabschiedete sich Gen. Köhler von dem toten Genossen und dankte ihm herzlich für seine gewerkschaftliche Tätigkeit, insbesondere für sein warmes Eintreten für die Heimarbeiterinnen. Hierauf verließen dann die vielen Hunderte den Friedhof. — Eines muß aber hier festgestellt werden und das ist das eigenartige Verhalten der bürgerlichen Gemeinderatsfraktion von Nikolsburg mit dem Bürgermeister an der Spitze. Kein Vertreter der Gemeinde nahm an Grabe das Wort, um Gen. Stumvoll, der langjähriger Bürgermeisterstellvertreter der Stadt war, für sein selbstloses Wirken als Gemeindevorsteher zu danken. Der Haß des Bürgertums geht eben auch über das Grab hinaus.

**Der Abbau der den Bezirksschulinspektoren zugeleiteten Hilfsbeamten bildet den Gegenstand einer Interpellation, welche Genosse Pille-**

brand an den Unterrichtsminister gestellt hat. In der Interpellation wird festgestellt, daß in einer Reihe von Schulbezirken diese Hilfsbeamten bereits abgebaut wurden und die Befürchtung besteht, daß diese Praxis fortgesetzt wird. Die Bestellung dieser Hilfsbeamten geschah seinerzeit aus der Erwägung heraus, daß den Bezirksschulinspektoren durch eine Entlastung von den reinen Kanzleigeschäften die Möglichkeit eines häufigeren Verkehrs mit Schulen und Lehrern ermöglicht werden soll, um dadurch zu einer Hebung des gesamten Volksschulwesens überhaupt beizutragen. Sollten diese Hilfsbeamten wieder abgebaut werden, so würde dies eine ungeheure Ueberbürdung der Inspektoren mit Kanzleiarbeiten zur Folge haben und die Inspektoren würden ihrer eigentlichen Aufgabe, Schulen zu inspizieren und die Lehrer kennen zu lernen, entzogen und der Möglichkeit fachlicher Weiterbildung beraubt sein. Aus diesen Gründen verlangt die Interpellation die Rückgängigmachung der Entbehrung der Hilfsbeamten, bezw. eine Vesteilung solcher Hilfsbeamter, wo diese noch nicht erfolgt sein sollte.

**Ein echter deutscher Mann mag keinen Tschechen leiden, doch dessen Biere trinkt er gern!** Samstag in der Mittagsstunde gab an der Prager Straßenkreuzung Přestyn Martinova einen Straßenauflauf, daß jedermann, der vorüberkam, glauben mußte, es sei wenigstens ein Häuserkomplex von 20 Häusern infolge eines Erdbebens eingestürzt. Doch nicht dies war der Fall. Die Menge, welche ein ganzes Durchhaus und die Straße erfüllte, die da stand, als ob Brot hergeschleudert würde, konnte sich über das Wunder des Tags nicht beruhigen: Opliv Reme! Opliv Reme! Ein betrunkenen Reichsbürger hielt sich an der Mauer fest, um nicht hinzustürzen. Wahrscheinlich kam er nach Prag, um deutsches „Geistes“ — Leben vor dem tschechischen Pöbel — zu veranschaulichen.

**Ein Banknotenfälscher-Urteil.** Der 24jährige Handelsakademiker Goeppert aus Teplitz wurde vor dem Prager Schwurgerichte wegen Fälschung von 20 K-Roten zu zehn Jahren schweren Kerkers verurteilt. G. hatte drei Noteten in Umlauf gebracht und im ganzen 150 Stück (in Summe 3000 K) hergestellt. Wir sind neugierig, wieviel Herr Schwindelbräutigam dagegen erhalten wird und der Einbrecher Moravsky, die beide Millionenbetrügereien vollführten. Einer der Benzinschwinder, der einen Schwindel im zehnfachen Ausmaß beging, erhielt nicht ein Zehntel des Strafmahles. Und ein Bierunbrennender wird hier für immer aus den Reihen der menschlichen Gesellschaft wegen 60 K ausgeschlossen!

**Dr. Zahradnik gestorben.** Die Ironie des Schicksals hat es bewirkt, daß gerade in Wien, in jener Stadt, der er einen glänzenden Ruhm nachtrauen einen Ort, der seine Grenzen konnte, der einst an führender Stelle des tschechischen Volkes stand, Dr. Zahradnik gestorben ist. Dr. Zahradnik war eine bekannte Figur im Wiener Parlament, in dem er mit radikalem Geiste dem alten Oesterreich Aufgeben entgegenzuschleudern und gegen ein System ankämpfte. Das er dann im tschechischen Staat als erster Eisenbahnminister der Republik mit aufzuziehen half. Und hier beginnt, so wie bei vielen anderen tschechischen Politikern, seine tragiische Schuld. Dr. Zahradnik ging als Vizepräsident der Tschechoslowakei in der Reparationskommission nach Wien, wo er sich später aus dem politischen Leben zurückzog.

**Beamtenabbau in den mittleren Banken?** Wie das „Nar. Svobozeni“ aus Brünn meldet, beabsichtigt eine Reihe von Banken mit Ausnahme der Großbanken einen durchdringenden Abbau der Beamtenschaft, hauptsächlich der Mittelkategorie. Der Abbau würde ungefähr 20 Prozent der Angestellten umfassen.

**Die Vorarbeiten für das neue bürgerliche Gesetzbuch der Tschechoslowakei sind soweit fortgeschritten, daß in diesen Tagen eine Super-Revisionskommission ernannt wurde, welche die gegen den im Druck herausgegebenen Entwurf erhobenen Einwände verschiedener juristischer Kreise überprüft und den endgültigen Text der Vorlage redigieren soll. Auch soll ein ausführliches Einleitungsgeleit fertiggestellt werden. In die Kommission wurden von deutscher Seite die Professoren Kalka und Weich beauftragt.**

**Ein internationales Erziehungsbüro ist in Genf gegründet worden. Es ist aus dem Jean Jacques Rousseau-Institut hervorgegangen und soll vor allem ein Sammelplatz für pädagogische und psychologische Schriften und Dokumente sein.**

**Selbst angeschossen.** Freitag früh hat sich der Soldat des I. Genieregimentes Alois Balasak, als er beim Militärgefangnis in Theresienstadt Posten stand, aus dem Gewehr, das er bei Fuß hatte, in den Arm geschossen. Die Verletzung ist zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich. Balasak gab an, daß er das Unglück aus eigener Unvorsichtigkeit verschuldet hat. Der Verletzte wurde in das Divisionskrankenhaus überführt.

**Drei Vergleute** wurden auf der Schachtanlage II der Gewerkschaft Friedrich Tschysen in Samborn dadurch getötet, daß etwa 10 bis 15 Meter der Strecke durch Bruch der Strecken angeschüttet wurden.

**Eine Geschloßexplosion** ereignete sich in einer Belgrader Kaserne. Ein Soldat hatte ein Geschloß, das aus der Zeit der Beschiebung der Festung Belgrad stammt, unvorsichtig behandelt, so daß es explodierte und drei Offiziere und vier Soldaten schwer verwundete. Der Leutnant, der für die Außerachtlassung der vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen verantwortlich war, beging auf der Stelle Selbstmord.

**Die Stürme im Atlantischen Ozean** dauern unentwegt an. In West wurde ein drahtloser Hilferuf des englischen Dampfers „Kornic“ aufgenommen, der 60 Meilen westlich der Inseln Duffels hilflos umhertrieb. Ein anderer Funkpruch teilte mit, daß auf dem holländischen Dampfer „Peton“, der mit einer Taborladung nach Holland unterwegs ist, Feuer ausgebrochen ist. Der französische Dampfer „Troise“ ist zur Hilfeleistung entsandt worden. In Cherbourg wurde ein Hilferuf des englischen Dampfers „Robiere“ aufgenommen, auf dem ebenfalls Feuer ausbrach. Ein Dampfer aus Torbay ist ihm zu Hilfe geeilt.

**Ein schweres Baunglück** ereignete sich bei den Abruchsarbeiten der Pariser Kunstgewerbeausstellung. Die Wand einer großen Gallerie stürzte vorzeitig ein und begrub etwa zehn Arbeiter unter sich. Zwei von ihnen wurden getötet, drei schwer verletzt.

**Eine unglaubliche Mädchenhandelsaffäre** wird aus Oslo gemeldet. Dort hatte eine Gruppe von Händlern bereits alle Vorbereitungen zur Verschiffung von 100 meist ganz jungen Mädchen getroffen. Der „Transport“ war bereits im Begriff abzureisen, als die Polizei dazwischenkam und die Abfahrt verhinderte.

**Geheimnisvolle Mörder** sind in der Stadt Omaha in den Vereinigten Staaten aufgetaucht. In den dunklen Nächten der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Leute durch gutgezielte Schüsse von der Straße ins Fenster getroffen und getötet oder schwer verletzt wurden. So wurde ein Arzt in seinem Ordinationszimmer durch Kopfschuß getötet, ein anderer Mann wurde ebenfalls mit einer Schußwunde in der Brust tot auf der Straße aufgefunden. Keines der Opfer war betrunken, in keinem Fall hat man eine Detonation gehört. Man nimmt an, daß es sich um einen Wahnsinnigen handelt.

**Dreieinhalb Stunden unter dem D-Bug eingeklemmt** war der Fabrikdirektor Emil Rippe aus Koblenz, der vom Schießischen Bahnhof in Berlin nach Frankfurt a. d. O. fahren wollte. Rippe stift auf dem Trittbrett auf und stürzte so unglücklich, daß er unter den Wagen geriet. Er wurde in dem Drehgestell eingeklemmt und ein Stück mitgeschleift, ehe der Zug zum Stehen gebracht werden konnte. Da es nicht möglich war, ihn aus seiner Lage zu befreien, mußte der Wagen abgelockert und durch Winden hochgehoben werden. Erst nach stundenlangem Arbeit wurde der Fahrgast mit ungefählichen Querschnitten hervorgezogen und nach dem Krankenhaus gebracht.

**Empörende Tierquälereien** sind in der Potsdamer Blindenbunischule durch den Potsd. Tierzuchtverein aufgedeckt worden. Die dort zur Abrichtung untergebrachten Tiere wurden von den Dressuren seit geraumer Zeit in geradezu bestialischer Weise mißhandelt. Schließlich kam es soweit, daß das Publikum auf der Straße aufmerksam wurde und eine drohende Haltung einnahm.

**Reform des Eherechts.** In Island, das, wie alle nordischen Staaten, viel schneller modernen Ideen gerecht wird, als wir es bei uns gewohnt sind, ist die untere Altersgrenze für eine Eheschließung für Frauen von 16 auf 18 Jahre, für Männer auf 21 Jahre erhöht worden, doch dürfen Personen, die an bestimmten Krankheiten, wie unheilbarer Tuberkulose, Epilepsie, Geisteskrankheiten, leiden, überhaupt keine Ehe schließen.

**Shaw gegen die Verfilmung seiner Werke.** Der Filmdirektor Samuel Goldwyn hat Bernard Shaw vor kurzem die Kleinigkeit von einer Million Pfund Sterling (160 Millionen K) für das Recht der Verfilmung von Shaws Bühnenwerken angeboten. Shaw hat jedoch diesen Vorschlag in seiner bekannten ironischen Art zurückgewiesen und dabei bemerkt, er wolle sich nicht den Markt für seine Bühnenwerke ruinieren. In Wirklichkeit dürfte er angesichts dieses fürstlichen Angebots, bei dessen Annahme er den Markt für seine Bühnenwerke gar nicht mehr nötig gehabt haben würde, wohl die Ueberzeugung gehabt haben, daß die charakteristische Wirkung seiner Schöpfungen ganz wesentlich auf dem Worte beruht. Uebrigens hat Goldwyn über seine Unterredung, die einen ganzen Tag gedauert hat, mitgeteilt, Shaw habe sehr viel mehr aus ihm herausbekommen als er aus Shaw.

**Der deutsche Generalkonsul in Posen Ernst Otto Pentig** hat sich vor kurzem mit seiner Frau entzweit. Frau Pentig hatte sich daraufhin auf das Gut ihrer Mutter bei Posen gegeben, um ihre Zukunft mit ihr zu besprechen; kurze Zeit darauf entschloß sie sich, die Scheidung gegen ihren Mann einzureichen und fuhr zu diesem Zweck nach Berlin. Als Herr Pentig von der Abreise seiner Frau unterrichtet worden war, erschien er plötzlich auf dem Landgut seiner Schwiegermutter, erzwang sich den Eingang in das Haus und forderte die Herausgabe der Kinder. Als ihm das verweigert wurde, stürzte er sich auf seine Schwiegermutter und stredte sie mit einem Faustschlag zu Boden. Ehe die zu Hilfe gerufene Polizei eintreffen konnte, hatte sich der schlagfertige Generalkonsul der beiden Kinder bemächtigt und aus einem Parkterfenster das Haus verlassen. Auf die Nachricht von der Gewalttat des Generalkonsuls Pentig hin, hat das deutsche auswärtige Amt seine Enthebung vom Dienst verfügt.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.** Ein fürchterliches Unglück ereignete sich am Bahnhof in Hohen-Elsbe. Beim Verschubdienste glitt der Verschieber Josef Dackel aus, stürzte vom Wagen so unglücklich auf den Kopf, daß sofort das Gehirn austrat. Außerdem riß ihm ein Wagenrad das Bein aus.

**Selbstmordversuch im Bahnhofsbüro.** Freitag schloß sich im Pilsener Bahnhofsbüro vor den Augen des zahlreichen dort wartenden Publikums ein junger Mann aus einem Revolver eine Kugel in die Brust und stürzte bewusstlos zu Boden. Er wurde ins Krankenhaus überführt, wo man feststellte, daß die Kugel knapp am Herzen vorbeigegangen

## Ein Denkmal für Ludo Hartmann.



LUDO HARTMANN, dem sozialistischen Kämpfer und ersten Gesandten Oesterreichs in Berlin, ist im Wiener Volkshaus, das er zur Förderung der Volksbildung vor langen Jahren gegründet hat, ein Denkmal gesetzt worden. Der Stein trägt den von Ludo Hartmanns Witwe modellierten Kopf.

Ludo Hartmann, dem sozialistischen Kämpfer und ersten Gesandten Oesterreichs in Berlin, ist im Wiener Volkshaus, das er zur Förderung der Volksbildung vor langen Jahren gegründet hat, ein Denkmal gesetzt worden. Der Stein trägt den von Ludo Hartmanns Witwe modellierten Kopf.

gen und die Verwundung gefährlich sei. Es wurde in ihm der bei den Skodawerken beschäftigte 19jährige Mechaniker Wenzel Benes aus Krümm festgestellt. Das Motiv der Tat ist unglückliche Liebe.

## Humor.

**Der Schotte, der Ire und der Hai.** Einmal, so heißt es, wurde ein englisches Schiff von einem sehr hartnäckigen Hai verfolgt. Man tat alles, um das Vieh loszuwerden. In der Hai warf man eine Kiste saure Apfelsinen über Bord — der Hai fraß sie und schwamm ruhig weiter hinter dem Schiff her. Man sand darauf einige alte Bretter und warf sie dem Hai an den Kopf. Er verschluckte auch sie und schwamm weiter hinter dem Schiff her. Da fohle den irischen Koch eine rasende Wut, er bengte sich über die Reeling und schimpfte den Hai aus. Mit so unbeherrschten Armbewegungen, daß er das Gleichgewicht verlor und dem Hai in den Klauen fiel. Damit nicht genug, fiel auch ein schottischer Matrose, der ihn halten wollte, ins Meer und wurde ein Opfer des Viehs. Nun beschloß man, den Hai zu fangen, koste es, was es wolle. Mit einem kleinen Bootsenker gelang es schließlich, das Ungeheuer zu fassen und an Bord zu ziehen. Als man aber den Leib des Tieres aufschnitt, hatte man der Schotte aus den Brettern und der Kiste im Magen des Hais eine Wade gezimmert und verkaufte die verkauften Apfelsinen an den Iren...

**Englischer Humor.** Ein Pfarrer hält eine Predigt über die vier größten Propheten. Nach mehr wie einer Stunde hält er plötzlich inne und tut einen tiefen Atemzug. Ein Rauspern geht durch die ermüdete Gemeinde, die annahm, die Predigt gehe dem Ende entgegen. Der Pfarrer schlägt ein neues Kapitel auf, beugt sich über die Kanzel und sagt: „Wir kommen nun zu einer etwas schwierigeren Frage, zu der der kleinen Propheten. Wir wollen sie der Reihenfolge nach vornehmen. Meine lieben, verehrten Brüder, sagt mir nun, an welche Stelle kommt etwa Hosea?“ — Ein in der Ecke stehender, etwas reizbarer Mann steht auf, nimmt Hut und Stod und sagt, indem er sich zum Gehen anschaut: „Wenn Sie wollen, können Sie ihn hierher setzen, ich gehe nämlich.“

„Du, Iestern hat mir eener gesagt, id sehe aus wie du.“ — „Wer war der? Der kann ja von mir wat besohn!“ — „Nich nötig — der hat von mir schon 'ne Wucht jekriegt.“

## Rundfunk für Alle!

**Programm für morgen, den 22. d. R.**  
 Prag, 17: Konzert; 18.15: Deutsche Sendung Dr. Lausackel: Die konstitutionellen Verhältnisse im Kindesalter; 20.02: Konzert. — Brunn, 19: Mär. Quartett; 20.10: Aus Kapachen. — London, 21: Sunter Abend. — Paris, 21.30: Instrum.-Konzert. — Berlin, 20.30: Orchesterkonzert. — Stuttgart, 20: Mozartabend. — Leipzig, 20.15: Festvorstellung. — Breslau, 20.20: Reimann-Abend. — München, 20.45: Nürnberger Trio. — Frankfurt, 19.30: Montagskonzert. — Wien, 20.15: Wiener Symphonieorchester. — Zürich, 20.30: Sunteres Programm.

**Wellenlängen der Stationen:** Prag 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

**Unsere Toten.** Einer der besten Vertrauensmänner der Partei, Gen. Karl Weizel, Gemeindevorsteher von Schredenstein, ist am Freitag im 56. Lebensjahr gestorben. Gen. Weizel ist schon seit einem Jahr an Darmleiden, mußte sich im Sommer v. J. in Prag einer Operation unterziehen, die leider sein Leben nicht mehr retten konnte. Neben seiner schwer geprüften, hohen Frau und den drei unermüdeten Kindern, steht auch die Partei, sieben Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen trauernd an seiner Bahre. Weizel hat sein Leben in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt. Aufgewachsen in ärmlichen Verhältnissen verlor er bald seine Eltern. Zuerst als Glas- und Schleifer, dann als Arbeiter in einem Konfektionsgeschäft beschäftigt, kam er im Jahre 1895 zur Eisenbahn, wo er es dank seiner Kenntnisse und Fähigkeiten bis zum Offizial brachte. Mehr als zwanzig Jahre stand er in der Partei und war langjähriges Mitglied des Verbandes der Eisenbahner. Bei den allgemeinen Gemeindevahlen im Jahre 1919 wurde er in die Gemeindevertretung und als Vorsteherstellvertreter, später als Vorsteher gewählt. Nach den Wahlen im Jahre 1922 wurde er wieder zum Vorsteher gewählt, obwohl unsere Partei keine absolute Mehrheit hatte. Trotz seiner Arbeit in der Gemeinde nahm er auch an allen Parteiarbeiten regen Anteil. Die Kreisorganisation Auffug und besonders die Lokalisation Schwedenstein verliert einen treuen, aufopferungsvollen Mitarbeiter, die Arbeiterschaft einen ehrlichen Freund. Ueber letztwillige Verfügung wird der Leichnam des Verstorbenen am Donnerstag, um halb 11 Uhr vormittags im Krematorium in Brüx eingescharrt. Die Ueberführung findet am Dienstag um halb 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause, aus statt.

**Ein Heiratsverbot für Pubeszenzen** hat der Stadtrat von Moonehard in Tennessee erlassen. Durch diese Verfügung sind 30 Paare unmittelbar betroffen worden, da sie kurz vor der Trauung standen. 26 davon haben sich entschlossen, die Zeremonien in der Nachbarstadt durchzuführen, während fünf Bräutigame erklärt haben, sie wollten den Gesetzen ihrer Heimatstadt treu bleiben und solange warten, bis die Paare ihrer Bräute wieder gewachsen sind.

**Wetterbericht vom 20. Febr.** Freitag hat sich die Temperatur in der Republik ausgeglichen und fast überall 5 Grad Celsius erreicht. Nachmittags betrat eine neue Niederschlagszone von Südwesten her das Staatsgebiet und breitete sich nordostwärts aus. Die größte Niederschlagsmenge fiel in West- und Südböhmen. (Budweis 9, Eger 10, Tabor 18 mm.). Im Nordosten der Republik war der Niederschlags-ertrag gering. Samstag früh herrschte veränderliches, im Westen wärmeres Wetter, bei Nordwestwind; stellenweise fiel noch Regen oder Schnee. — Wahr-scheinliches Wetter von Sonntag: Veränderlich, Neigung zu Schneen, Temperatur wenig geändert, Westwind.

## Wie es in den kommunistischen Gewerkschaften aussieht.

Die Hälfte der Mitglieder zahlt keine Beiträge. — Ein unmöglicher Kassabericht. Die Verwaltungsausgaben fressen alle Einnahmen auf. — „Der aktivste und revolutionärste Teil des Proletariats“ ist weniger opferbereit als die Mitglieder eines Klubs.

Ende Jänner hat der „Internationale All-gewerkschaftliche Verband“, die Gewerkschafts-organisation der Kommunisten, seinen Kongreß abgehalten, auf dem von einem allgemeinen Auf-schwing der kommunistischen Gewerkschafts-bewegung gesprochen wurde. Unterzieht man aber den Bericht, so wie er am 28. Jänner 1926 im kommunistischen Reichsorgan „Vorwärts“ ver-öffentlicht war, einer genauen Prüfung, wie dies der „Textilarbeiter“, das Fachblatt der Union der Textilarbeiter (Reichenberg) tut, dann kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis.

Der „Vorwärts“ sagt, daß der Internatio-nale allgewerkschaftliche Verband 120.023 Män-ner, 41.456 Frauen, zusammen 161.479 Mit-glieder zähle. Vollzahlende Mitglieder hat aber der Verband nach der errechneten Beitragsleistung tatsächlich nur 76.777. Entweder also ist die angegebene Zahl von 161.479 Mit-gliedern falsch, oder, wenn das tatsächlich eingeschriebene Mitglieder sind, dann steht es fest, daß

die Hälfte dieser Mitglieder keine Beiträge in die kommunistische Gewerkschaft zahlt.

Wie der Idealismus und die Opferberei-tschafft in dieser kommunistischen Gewerkschaft aussieht, wird am besten dadurch bewiesen, daß in der vierten Beitragsklasse, Wochenbeitrag 1 K, 29.747 Vollzahler und in der Beitragsklasse zu 50 Heller 16.766 Mitglieder ihre Beiträge leisten. Das sind von 76.000 Mitgliedern mehr als 46.000 oder rund 60 Prozent, die einen Beitrag in der Höhe von 1 K und 50 Heller wöchentlich leisten. Da ist denn doch die Frage erlaubt, ob eine solche Gewerkschaft, bei der unter den heutigen Verhältnissen 60 Pro-zent der Mitglieder 1 K und 50 Hel-ler die Woche an Beitrag leisten, noch den Titel einer Gewerkschaft ver-dient. Jeder katholische Frauenverein, der sich auf Begräbniskosten versichert, jeder Pfeifenklub, der Gesellschaftsabend veranstaltet, hat höhere Beiträge als diese Gewerkschaft, in der angeblich der „revolutionärste, aktivste und forschrit-tenteste“ Teil der tschechoslowakischen Arbeiter-schaft vereinigt ist.

Ebenso ansehbar ist der finanzielle Bericht.

Im Jahre 1924 wurde also für abgeführte Wochenbeiträge der Betrag von 5.316.807 K ein-genommen und im Jahre 1923 betragen die Ein-nahmen für Beiträge nur 2.991.646 K. In den Jahren 1923 und 1924 hat also der Verband ins-gesamt 8.308.453 K eingenommen. Nachdem die kommunistische Gewerkschaft in den Jahren 1922, 1923 und 1924 zusammen 22.645.719,42 K als Gesamteinnahmen ausweist, müßte die Einnahme im Jahre 1922 14.337.266,42 K betragen haben, also um rund sechs Millionen mehr als die Einnahmen für die Jahre 1923 und 1924 zusammen betragen.

Entweder ist also der finanzielle Teil des Berichtes vollkommen falsch oder der Internatio-nale allgewerkschaftliche Verband hat einen katastrophalen Rückgang erfahren.

Die Leichtfertigkeit, mit welcher die Kom-munisten mit Arbeitergeld wirtschaften, ersieht man aus der ganz ungewöhnlichen Höhe der Verwaltungsausgaben.

Die kommunistische Gewerkschaft hat nach dem ziffernmäßigen Bericht des „Vorwärts“ für die Verwaltung in den Jahren 1922, 1923 und 1924 den Betrag von 10.917.005 K ausgegeben. Wenn man festhält, daß die Einnahmen an Beiträgen in den beiden Jahren 1923 und 1924 nur 8.308.453 K betragen, so ist eine solche Ausgaben-summe für die Verwaltung geradezu ungeheuer-lich, denn aus der Gegenüberstellung mit den Einnahmen ergibt sich, daß in zwei Jahren für die Verwaltung der Gewerkschaft 2.608.552 K mehr ausgegeben worden sind, als diese Gewerkschaft in den Jahren 1922 und 1923 an Bei-trägen eingenommen hat. Dieser Verwal-tungsapparat ist ja — wie aus diesen Ziffern hervorgeht — die Einnahmen fast v-ollständig auf. Die in den kommunistischen Gewerkschaften stehenden Mitglieder und auch die sogenannten Gewerkschaftsbonzen konnten, solange sie als Mitglieder in den freien Gewerkschaften waren, nicht genug wettern, daß der Verwaltungs-apparat zu groß ist. In der ganzen Tschechoslo-wakei gibt es

keine einzige Gewerkschaft, die für die Verwaltung so ungeheuerliche Summen auswirft, wie es bei der kommunistischen Gewerkschaft der Fall ist.

Die Ausgaben für die Verwaltung werfen eine so ungeheuerliche Höhe auf, daß es ange-bracht wäre, daß die Mitglieder in der kommu-nistischen Gewerkschaft einmal fragen, ob diese Ausgaben für die Verwaltung bei dem tatsäch-lichen Mitgliederstand, — den wir ebenfalls noch etwas näher besprechen werden, notwendig sind. Daß sie einmal nachfragen, ob die Zahl der An-gestellten mit dem Stand der Mitglieder in Ein-klang zu bringen ist. Die Verwaltungsausgaben lassen darauf schließen, daß ungefähr 200 Angestellte in der kommunistischen Gewerkschaft sind; in derselben Gewerkschaft, wo nur 76.777 vollzahlende Mitglieder im Jahre 1924 vorhanden waren.

Wie sonderbar der Bericht zusammengestellt ist, geht übrigens daraus hervor, daß an ver-schiedenen Stellen für ein und dieselbe Post ver-schiedene Ziffern angeführt sind. Das im „Vor-wärts“ veröffentlichte Ziffernmateriale besagt, daß in den Jahren 1922 bis 1924 — also in drei Jahren — die Gesamtausgaben 22.727.136,50 K betragen. Dann berichtet aber der „Vorwärts“ in einer anderen Zusammenstellung, daß die Aus-gaben in den Jahren 1922 bis 1924 32.549.879 K betragen haben. Hier ist wiederum eine Differenz von annähernd zehn Millionen Kronen gegenüber der Gesamtausgabensumme, die der „Vorwärts“ an vorhergehender Stelle ausgewiesen hat. Wenn man aber die Aufstellung über die Details aus-gaben im „Vorwärts“ überprüft und addiert, er-gibt das merkwürdigerweise wieder nicht die Summe von 32.549.879 K, sondern nur 27.136.042,62 K, also immer noch eine Differenz von annähernd 5 Millionen Kronen. Was ist da richtig? Auch hier wäre

eine Klarstellung im Interesse der Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft notwendig.

Die kommunistische Gewerkschaft ist für klassenbewußte Arbeiter ein

vollständig unbrauchbares Instrument im Kampfe für die Verbesserung ihrer Lage.

Eine solche Gewerkschaft ist leistungsunfähig und sie wird zum Spielball in den Händen des gut organisierten Unternehmertums. Eine solche Gewerkschaft ist für die Ar-beiter-schaft vollständig wertlos, gar nicht davon zu reden, daß eine solche Gewerkschaft unfähig ist, sich den entsprechenden Respekt und die Achtung vor ihrem Gegner zu erringen. Dem größten Teil dieser Mitglieder in der kommunistischen Gewerkschaft fehlt der Idealismus und die Opferberei-tschafft, ihre Gewerkschaft zu dem zu machen, daß sie widerstandsfähig und leistungsfähig ist. Das ist nach Ansicht der kommunistischen Presse der revolutionärste fortgeschrittenste und aktivste Teil des Proletariats, die 1 K und 50 Heller wöchent-lich Beiträge an die Gewerkschaft leisten. Die Kommunisten, die bei jeder Gelegenheit die freien Gewerkschaften belehren wollen oder sie be-schimpfen, sollen vor ihrer eigenen Tür und ihrem eigenen Haus Ordnung schaffen.

## Volkswirtschaft.

Aus der Gewerkschafts-Internationale.

Internationaler Gewerkschaftskongreß 1927 in Paris.

Auf der am 11. und 12. Februar in Amster-dam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internatio-nalen Gewerkschaftsbundes wurde der Bericht der Revisionskommission über die Finanzverwal-tung des I. G. B. im Jahre 1925 zur Kenntnis genommen.

Nach Besprechung der Verhältnisse in den Ländern, in denen die ersten Anfänge einer Ge-werkschaftsbewegung wahrzunehmen sind, gelangte folgender Antrag zur Annahme:

„Der Vorstand richtet an die angeschlo-senen Landeszentralen das dringende Ersuchen, im Jahre 1926 durch freiwillige Zuwendungen einen Fonds zusammen zu bringen, dessen ausschließlicher Zweck es ist, die Gewerkschaftsbewegung in den zurückge-bliebenen Ländern finanziell zu unter-stützen und die unorganisierten Ausländer in Ländern mit besonderen Verhältnissen den Ge-werkschaften zuzuführen. Zu anderen Zwecken dürfen diese Gelder keine Verwendung finden.“

Ueber den unterbreiteten schriftlichen Bericht des Exekutivkomitees fand eine eingehende Aussprache statt, ebenfalls über den Wunsch der gewerkschaftlichen Landeszentrale Englands, daß auf eine Uebereinstimmung der Löhne in der Schiffbauindustrie hingewirkt werden soll. Einer eingeleiteten Erhebung über Lohn- und Arbeits-verhältnisse in den verschiedenen Ländern soll näher getreten werden. — Von den Vorberei-tungsarbeiten für den vom 18. bis 21. Mai in London stattfindenden Welt-Wanderversammlungs-kongreß wurde Kenntnis genommen. — Auf das letzte Schreiben des Allrussischen Gewerkschaftsrates soll folgende Antwort erteilt werden:

„Der Vorstand des I. G. B. nimmt Kenntnis von dem vom 6. Januar datierten Schreiben des Generalrates des Allrussischen Gewerkschaftsbundes, in dem mitgeteilt wird:

1. daß ihm der von der Ausschussführung des I. G. B. vom 4. und 5. Dezember genommene Beschluß schriftlich mitgeteilt wurde;
2. daß er seine dem I. G. B. in seinen Briefen vom 29. Januar und 19. Mai 1925 vorgelegten Vorschläge aufrecht erhält;
3. daß er erklärt, seine Aktion für die Errich-tung einer einigen Gewerkschafts-Internationale fortsetzen zu wollen.

Der Vorstand des I. G. B. stellt sonach fest, daß der Generalrat des Allrussischen Ge-werkschaftsbundes auf die Aufforderung, sich dem I. G. B. anzuschließen, keine günstige An-twort erteilt hat.

Angesichts dieser negativen Antwort wurde beschlossen, den Beschluß des Allrussischen Ge-werkschaftsbundes der nächsten Ausschussführung des I. G. B. vorzulegen.“

Der nächste Internationale Ge-werkschaftskongreß wird vom 15. bis 20. August 1927 in Paris abgehalten. — Zur Gewerkschaftlichen Balkanoffensive, die vom 9. bis 11. April in Sofia tagen wird und zur Be-sprechung mit den jugoslawischen Gewerkschaften am 5. und 6. April in Belgrad werden Mer-tens und Sassenbach delegiert. — Der am 3. Sonntag im September zu veranstaltenden Feier des 25jährigen Bestehens der internationalen Gewerkschaftsbewegung soll eine Propagan-dawoche mit der Losung: „Zurück in die Gewerkschaften — zum Kampf für den internationalen Achtstundentag“ vorausgehen. Die Forderung auf Festlegung des internationalen Achtstundentages soll während des ganzen Jahres in den Vordergrund gestellt werden. — Das Anti-Kriegs-Komitee, bestehend aus dem Vor-stand des I. G. B. und den internationalen Sekretären der Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter, wird am 18. März in Amsterdam zusammengetreten. Hier-an wird sich die nächste Vorstandssitzung anschlie-ßen. In diesem Jahre soll eine Internatio-nale Sommer-schule, und zwar in Uccle bei Brüssel, abgehalten werden. Die erste der ge-plannten internationalen Studientouren für Ge-werkschaftsführer hat Belgien zum Ziel. Es wer-den nur Teilnehmer zugelassen, die von gewerkschaftlichen Landeszentralen oder Internatio-nalen Berufsekretariaten angemeldet werden. — Zum ungarischen Gewerkschaftskongreß wird Sassenbach, zum Kongreß der „World Association for Adult Education“ (Weltvereini-gung für die Erziehung Erwachsener) Brown delegiert. Die Einladung zur Teilnahme am dies-jährigen englischen Gewerkschaftskongreß wird an-genommen; die Vertretung des I. G. B. wird später bezeichnet werden.

## „Arbeiten und nicht verzagen.“

Ein geistiger Arbeiter, existenzlos, ohne Arbeit, sendet uns folgende erschütternde Zeilen, in denen er seinem bedrängten Herz und Kopf, seinem Leid und seiner Verzweiflung Luft macht:

„Keinen Roman — eine kleine Geschichte will ich erzählen aus meinem an wechselnden Begebenheiten so reichen Leben, eine alltägliche Ge-schichte, wie sie viele erlebt haben, die der Krieg um ihre Existenz gebracht, aus der kaum becom-nenen Lebensbahn geworfen — und die, im Ringen nach anderen Berufen nicht das Glück hatten, festen Boden zu gewinnen.“

Wie schon öfter in der Nachkriegszeit war ich auch diesmal wieder brotlos geworden und mit Anspannung aller Energie suchte ich nach neuen Erwerbsquellen: Besagte die Bekannten, durch-sichtliche die Annoncen der Tageszeitungen, baute bei jeder gefundenen Spur neue Hoffnungen auf, um stets neu, enttäuscht zu werden. So rannen die Tage, die Wochen, es verfloß die Zeit und mit ihr allmählich die letzten Reste irgendwie ver-wertbarer Pöbelgelden. Schon lange hatte ich mich mit dem Gedanken vertraut gemacht, mich zu physischer Arbeit zu verbinden; wollte ich doch nichts unversucht lassen, um den Kampf gegen das Schicksal erfolgreich zu bestehen. Doch wo immer ich um Arbeit anpöchte, fand ich verschlossene

Türen. Den meisten „Arbeitgebern“ schien es „unsahbar“, daß ein Mann von meinem Alter und Qualitäten „nichts Besseres“ fände und sie liegen mich deutlich den Hintergedanken meiner Abweisung fühlen, daß irgend ein persönliches Verschulden mich in diese Lage gebracht haben müsse; andere wieder scheuten sich, einen „Intelligenzler“ einzustellen, die meisten aber sprachen mir die nötige Kraft zur Arbeit rund vorweg ab.

So wanderte ich hungernd, verbittert und dennoch hoffend, von einer Stelle zur andern — um stets das Gleiche zu erfahren. Langsam reiste in mir der Gedanke daß gesunde Glieder, Verstand, Bildung, Studien und guter Wille nicht ausreichten, um einen Menschen vor Not zu schützen, geschweige denn ihn zu ernähren, und es sind mir daher die oft engberzigen Urteile derer, die in geordneten Verhältnissen leben, unsahbarer, als die „unsahbaren Verkirrungen“ jener, deren Stimme Not erst am Rande ihres Elends durch die Gerichte laut wird.

Endlich fand ich durch die widerholte Inter-vention eines Freundes nach langem Zureden und Widerlegung aller Gegenargumente in einer Gärtnerei als Tagelöhner Arbeit. Der Unterneh-mer setzte mir bei meinem Eintritte auseinander, daß er prinzipiell gegen die Anstellung eines Intelligenzlers sei und diesen Versuch nur mei-nem Freunde zuliebe mache, denn erstens könnten studierte Leute nicht arbeiten und zweitens mache es böses Blut bei den übrigen Arbeitern. Beide Gründe schienen mir haltlos. Nachdem verein-bart worden war, daß ich als Ausländer nicht an-gemeldet werde, war ich mit 1 Krone 40 Heller

Stundenlohn und zehnstündiger Arbeitszeit auf-genommen.

Zugs darauf erschien ich um 6 Uhr früh am Arbeitsplatz und arbeitete von nun ab täglich bis 5 Uhr abends. Zuerst begann ich mit Holztragen, wurde dann mit Umgrabarbeiten beschäftigt und verrichtete jede Arbeit, die mir geboten wurde. Die Befürchtungen, die mein „Arbeitgeber“ be-treffs meiner Leistungen hegte, habe ich, wie er bei meinem Austritt wiederholt versicherte, nicht nur widerlegt; sondern er behauptete sogar, nie einen besseren Arbeiter gefunden zu haben. Leider mußte ich aber die Wahrheit betreffs seiner Be-fürchtungen auf meine Mitarbeiter nur zu bald erfahren. Von allem Anfang an betrachteten mich diese als Eindringling, als „Fremden“, der nicht zu ihnen gehörte, ließen mich durch abfällige Bemerkungen, kleine Bosheiten und dergleichen wissen, daß sie meine Lage nicht verstanden, und daß ich trotz aller Gleichheit doch stets ein „Fremd“ für sie blieb. Ich bemühte mich, ihnen näherzu-kommen, sie meinten, ich wolle spionieren und als der Arbeiterführer obendrein meine Arbeit lobte, haßten sie mich mit ihrem ganzen Klassen-haß, der leider manchmal, so wie in meinem Fall, daneben geht.

Abends wusch ich mich stets gründlich, eiste ins Kaffeehaus, verberg meine Hände unter dem Tisch vor den Augen neugieriger Bekannter, deren Fragen nach meiner Beschäftigung ich sorgfältig auswich und deren Beiterkeit mich quälte, und trachtete doch, den Zusammenhang mit jener Welt des Scheines nicht zu verlieren — mit jener eng-berzigen Gesellschaft, die für mich keinen Platz

mehr hatte und die ich nur suchte, um meine Aus-gestochenheit und Verlassenheit nicht zu fühlen.

Die Zeit verging, es war Frühling — den ich über alles liebe — und wenn ich beim Tril-tern der Rechen die Schaufel in die von Leben dampfende Erde stieß, vergaß ich, daß ich Sklave war — ich war glücklich in meinem Unglück und mir war, als ob ich Zeit meines Lebens geschau-felt hätte.

Dann kam die Katastrophe. Der Arbeitgeber teilte mir eines Tages mit, daß eine Anzeige er-gangen sei, er beschäftige einen Ausländer in sei-nem Unternehmen, und da er weiteren Unan-nehmlichkeiten ausweichen wollte, wurde ich aus-gezahlt. Er wünschte mir viel Glück und meinte: „Wer arbeiten kann, braucht nicht verzweifeln.“ — Damit stand ich auf der Gasse. Es war Abend — ich ging in den Park — Menschen — fröhliche, gepuderte Menschen — Mädchen, jung, betauschend in farbenfreudigen Kleidern — jauchzend, wie neu erwachte Frühlingsblumen — sie ahnen nicht, was das Leben in sich birgt. Hier wurde mir eng und weh zu Mut — ich irrte umher und merkte nicht wie sich die Menschen verloren, heimwärts zum häuslichen Herd. Nur hier und dort blieb ein Pärchen, in seligen Träumen vergehend den Wandel der Zeit. — Meine Sehnsucht segne euch! . . .

Ich setzte mich auf eine Bank, hungrig, müde — über mir surrten geheimnisvoll Malfäser in den Kronen der alten Kastanien, schwirrend in quellender Luft. Millionen und Millionen — alle finden sie gebenedeten Tisch und Liebe. Nur wir Menschen darben . . . N. B.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Ueber die Sozialstatistik der Tschechoslowakischen Republik für die Monate November und Dezember 1925 veröffentlicht das Statistische Staatsamt in Nummer 3-4 seiner „Mitteilungen“ Daten aus allen Gebieten der Arbeitsstatistik. Die Anzahl der nicht untergebrachten Bewerber stieg in der Zeit vom 31. Oktober bis 30. November von 39.743 auf 42.485 (d. i. um 6,9 Prozent); vom 30. November bis 31. Dezember auf 48.384 (d. i. um 13,9 Prozent). In derselben Zeit sank die Anzahl der angemeldeten freien Stellen von 17.458 auf 12.361 im November, d. i. um 29,2 Prozent, im Dezember auf 11.242, d. i. um 9,1 Prozent. Gegenüber dem Oktober nahm im November die Anzahl der nicht untergebrachten Bewerber in der Textilindustrie wesentlich ab, nämlich um 27,7 Prozent, dagegen stieg sie in der Stein-, Erden- und Tonindustrie um 63,8 Prozent, im Baugewerbe um 130,8 Prozent. Gegenüber dem November sank im Dezember die Anzahl der nicht untergebrachten Bewerber in der Gruppe der Hausdienerschaft um 32,5 Prozent und in der Gruppe der Lehrlinge um 38,5 Prozent, sie stieg in der Holzindustrie um 45,1 Prozent, in der Textilindustrie um 24,5 Prozent, im Baugewerbe um 167,2 Prozent, in der Gruppe der Tagelöhner um 30,9 Prozent. Arbeitsvermittlungsanstalten gab es im Dezember 437 (im November 446), Bewerber einschließl. des Restes vom Vormonate 89.493 (94.161); angemeldete Stellen gab es 42.800 (58.756); davon wurden 25.320 (37.059) besetzt. Auf 100 Bewerber entfielen 28,3 (39,4) besetzte Stellen. Im Dezember gab es 17 Streiks (im November 19), davon 15 (18) Einzelstreiks und 2 (1) Gruppenstreiks in 27 (22) Betrieben mit 1.606 (3.786) Beschäftigten, von denen 1.474 (2.749) streikten und 39 (187) infolge Streiks nicht arbeiten konnten. Die Streikenden und infolge Streiks Nichtarbeitenden veräumten 17.058 (39.975) Arbeitstage und hatten einen Lohnentgang von 384.331 (1.053.255) Ks. Ausperrungen gab es bloß im November, und zwar zwei. Im ganzen Jahre 1925 gab es 280 Streiks, davon 211 Einzelstreiks und 69 Gruppenstreiks in 818 Betrieben mit 186.048 Beschäftigten, von denen 135.692 streikten und 2.862 infolge Streiks nicht arbeiten konnten. Die veräumte Arbeitszeit betrug im Jahre 1925 im ganzen 1.118.660 Arbeitstage, der Lohnentgang 32.517.794 Ks. Bei 156 Streiks wurden Lohnforderungen gestellt. Ausperrungen gab es im Jahre 1925 14. Im Dezember wurden 214 (im November 387) Bewilligungen zur Ueberstundenarbeit erteilt, die zum Teil bloß den Dezember, zum Teil die folgenden Monate betrafen und zwar 199 (344) Betriebe für 9.166 (21.328) Personen oder 27,2 Prozent (27,3 Prozent) von der Gesamtzahl der in diesen Betrieben Beschäftigten. Durch diese Bewilligungen wurden 656 (1.630) Wochen mit einer Gesamtdauer von 295.820 (1.059.484) Arbeitsstunden — d. i. 36.977 (132.435) Arbeitstage — neu gewonnen. Die erwähnte Nummer enthält auch eine tabellarische Uebersicht der wichtigsten Wirtschaftszahlen für die Monate September bis Dezember 1924 und 1925 und eine Statistik über die Arbeitslosenunterstützungen.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Sonntag, 11 Uhr vormittags Kammermusik, halb 8 Uhr nachm. „Einen Zug will er sich machen“, halb 8 Uhr abends „Das Mahl der Später“, Montag halb 8 Uhr „Der Gatte des Fräuleins“, Dienstag 7 Uhr „Don Juan“, Mittwoch halb 8 Uhr Premiere des Dramas „König David“, Donnerstag und Samstag halb 8 Uhr „Die Insel der Affen“, Freitag halb 8 Uhr „Das Mahl der Später“, Sonntag halb 8 Uhr nachm. „Der Orlov“, halb 8 Uhr „Zauberflöte“.

Arnevalsfest des Chors und Orchesters vom Deutschen Landestheater. Unter der Devise „Im weissen Köffel“ hält das Chor- und Orchesterpersonal des Prager Deutschen Landestheaters am 6. März um halb 10 Uhr abends im großen Radio-Saal sein heuriges Faschingsfest ab. Die Inszenierung des Abends hat Direktor Kramer übernommen, der Soal soll am Festabend eine Szene aus dem Salzammergut darstellen, Mitglieder des Deutschen Theaters werden diese Szene durch ein entsprechendes, lustiges Programm beleben. Nicht wie bei anderen Ballabenden sollen hier die Gäste im Gesellschaftlich, sondern in Sport- und Sommerkleidern

erscheinen. Da das Estradens des Abends dem schwerer notleidenden Pensionsfonds der Angestellten des Prager deutschen Theaters zugute kommt, ist ein guter Besuch wünschenswert. Karten sind beim Portier des Neuen deutschen Theaters, in der Verkaufsstelle im Deutschen Haus und bei Wepfer zu haben, Vogen und Tischvorsetzungen sind mündlich oder schriftlich bei Herrn Waz Honisch im Deutschen Theater vorzunehmen.

Der Film.

Deserteure des Lebens. Aus den guten amerikanischen Filmen sticht dieses Paramount-Engenisch (Slovio-Berleih) auffallend hervor. Im Mittelpunkt der aus dem nochten Alltag gegriffenen Handlung steht ein junges Ehepaar, dessen innere Hohlhohigkeit und Ungeklärtheit, verstärkt durch unehere Mißstimmigkeiten, die leidenschaftlichen Leute zum Selbstmord treibt, der im letzten Augenblick vereitelt wird, so daß sie ihr Leben von neuem, gereift und geklärt, beginnen können. Diese erschütternden und dennoch geradezu durch ihre Einfachheit und Selbstverständlichkeit verblüffenden Geschehnisse, die trotz ihrer starken dramatischen Spannung gar nichts Gefährliches aufweisen, werden durch die gute Besetzung der tragenden Rollen zu einer packenden Lebensstudie, die an keinem Zuschauer ohne starke Nachwirkung vorbeiziehen kann. Das junge Ehepaar wird von Rod la Roque und Vera Reynolds verkörpert; diese Schauspielerin kann zwar uns mit ihrer Stumpfnase nicht den Typ des berückenden und besaghten Weibes darstellen, aber ihr gutes, von einfältiger Natürlichkeit durchdrungenes Spiel läßt diesen Mangel leicht übersehen und Rod la Roque schafft eine derart gelungene Gestalt, wie noch selten in einem seiner zahlreichen Filme. Es wäre wünschenswert, daß die Amerikaner nur derartige Filme bei uns einführen: nach ihrer Duzendweise würde bestimmt kein Dahn trüben. S. W.

Bereinsnachrichten.

„Urania“. Wochenprogramm: Heute, halb 11 Uhr: „Island“, Kulturfilm. Montag, 8 Uhr: „Was erkant der Arzt und der Kriminalist aus der Schrift und der Hand? Mit Lichtbildern. Dolphine Poppel. Einleitende Worte: Direktor Neuern. Nach

Turnen und Sport.

Das Wiener Arbeiterportreit. Aus Wien wird uns geschrieben: Der Pariser Internationale Arbeitersportkongress hat zu dem Plan, in Wien in der Zeit vom 4. bis 11. Juli 1926 ein großes internationales Sport- und Kulturfest abzuhalten, seine Zustimmung gegeben. Die verantwortlichen Vertrauensleute des Wiener Profetariats sind sich betuht, welche gewaltige Aufgabe da zu lösen sein wird. Aber die Größe des zu Bewältigenden steigert nur den Eifer des proletarischen Wien. Den Gästen, die da aus allen Ländern und Staaten zusammenströmen werden, soll nicht nur Wiens Gastfreundschaft und Wiens landschaftliche und künstlerische Schönheit geboten werden, sondern zugleich ein farbenprächtiges und eindrucksvolles Bild der Durchdringung des alten Wien von der neuen, der proletarischen Kultur.

Scho jetzt arbeitet eine Reihe von Unteraus-schüssen sehr eifrig an der Vorbereitung des gewaltigen Festes. Der Pressenausschuss hat die Herausgabe einer periodisch erscheinenden Festzeit-schrift beschlossen, die sich zum Ziele setzt, sowohl das Programm des ganzen Festes als auch seine hohe internationale Bedeutung und Fernwirkung ins rechte Licht zu setzen. Gleich der Auftakt des Festes wird ein geradezu glänzender sein. Am Abend des 3. Juli, also am Vorabend des offiziellen Festbeginnes, wird auf dem Kranz der Berge, die sich um Wien schlingen, ein malerisches Höhenfeuer entzündet werden. Auf den Bergen werden nächtliche Versammlungen bei Fackelbeleuchtung und ganz im Wiener Stil gehaltene Volksfeste abgehalten werden, Wiens Lichteffekte werden überhaupt den ganzen Feste dauernd freundliche Begleiter und Bundesgenossen sein. Die festliche Beleuchtung des Rathhauses und des Hochstuhlsbrunnens versteht sich von selbst. Gleichzeitig damit aber werden auf den schönsten Plätzen Wiens, auf dem Karlsplatz und auf dem Feldplatz vor der einstigen Hofburg der Hobbuburger, bei Fackel-, Lampen- und Scheinwerferbeleuchtung proletarische Massentungebungen erfolgen. Ein großes Feuerwerk wird nicht fehlen, und auch die Donauillumination ist von den Behörden bereits bewilligt worden. Ein Wund ist auch für ein großes Strandfest im Arbeiterstrandbad und den angrenzenden Bädern reserviert, wobei daran gedacht wird, bei Wasserlichtspielen, Wasser-spielen und Championreigen 20.000 Menschen zu vereinigen.

Die Massentungebung wird überhaupt eine entscheidende Rolle spielen. In der Riesenarena der Hohen Warte wird ein Weichspiel inszeniert werden, bei dem mit einem Besuch von hunderttausend Menschen gerechnet werden kann. An einem Nachmittage wird ein eigener Kinderfestzug arrangiert werden. Den Höhepunkt des ganzen Festes wird jedoch zweifellos der gigantische Festzug vom Stadttinnern bis zum Trabrennplatz bilden.

Bei alledem haben wir noch nicht ein Wort von dem gewaltigen sportlichen Programm gesprochen, das ja die andere und größere Hälfte des Festes einnehmen soll. Davon wird später noch mehr zu sagen sein. Heute sei nur die eine besonders erfreuliche Mitteilung gemacht, daß mit unserem proletarischen Sportfest zugleich das von der Gemeinde Wien erbaute Amolienbad, das größte geschlossene Schwimm-

dem Vortrag: Demonstrationen an Personen aus dem Publikum.

Montag, 8 Uhr: „Island“. Reiskulturfilm. Dienstag, 17 Uhr: „Buddha“, Univ.-Prof. Wintermy: Beginn der neuen Vortragsreihe: „Religiöse Führer der Menschheit“. Dienstag, 8 Uhr: „Achtzehn Monate unter den Urwaldjägern auf der Halbinsel Malaga“. Großer Lichtbildvortrag Prof. P. Schebesta (St. Gabriel). Mittwoch, 17 Uhr: „Julianus, der Abtrünnige“ (Geistige Strömungen und Kämpfe zur Zeit des sinkenden Heidentums). Univ.-Prof. Dr. A. Stein. 7. (septer) Vortrag: „Bilder aus dem Klassischen Altertum“. Mittwoch, 8 Uhr: „Hygiene des Nervensystems“ Doz. Dr. Bruno Fischer. 6. (septer) Vortrag: „Medizin für Alle“. Donnerstag, 8 Uhr: „Oskar Wilde“, sein Leben und seine Werke. Mit Vespereben. Lektor Emil Huder. Für Mitglieder der „Literaturgemeinde“ freier Zutritt. Freitag, 8 Uhr: „Schwänke und Schurken, Satiren und Gleichnisse“ (Puffiger Abend). Alexander Roda Roda. Samstag, 3 Uhr: „Sava“ (Befuh, Neapel, Pompeji, Sizilien, Aetna). Groß-Kulturfilm. Dazu sämtliche Kurse des „Modernen Bildungsinstitutes“. Karten zu allen Veranstaltungen, Mitglieder-Anmeldungen, Mitgliedskarten-Erneuerungen täglich Uranio-Biokassa um halb 10—1 Uhr und 3—7 Uhr, Smechy 22, Telephon 20420.

Modernes Bildungsinstitut „Urania“. Neue Vortragsreihe: „Religiöse Führer der Menschheit“ (4 Vorträge). Beginn Dienstag, 23. 6 1/2 Uhr: „Buddha“, Univ.-Prof. Wintermy; 2. „Fronv. Assisi“, Univ.-Prof. Hirsch; 3. „Susa“, Univ.-Prof. Wostery; 4. „Ignaz v. Loyola“, Univ.-Prof. v. Erbil (Wien). Zpfluskarten 15 K, Miagl. 12 K. 3908

„Bran-Urania-Kino“. Emil Jannings und Lya de Putti in dem großen Artistendrama „Varieté“. Jannings Reisterralle! Der alternde Mann und die junge Frau im Gegensatz! Bran-Urania-Kino, heute 3, halb 6 und 8 Uhr. Morgen Montag, halb 6 Uhr.

bob Europas, feierlich eröffnet und vom Internationalen Proletariat eingeweiht wird.

An den Proletariermassen der Internationale selbst liegt es nun, dem großen Fest auch den seiner würdigen Rahmen zu geben: durch massenhafte Beteiligung. Für bedeutende Hochpreiskermächtigungen, ganz billige Unterkünfte und Verpflegung ist vorge-sorgt und den Arbeitern und Angestellten ganz Europas bietet sich eine nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit, mit durchaus erschwinglichen Mitteln eine acht- bis zehntägige Reise in das herrliche Wien, das Wien des Proletariats, in die größte sozialistische Gemeinde der Welt unternehmen zu können. Wenn die Arbeiter und Angestellten jetzt mit Sparationen, kleinen wünschenswerten Rücklagen und bescheidener Selbstbesteuerung beginnen, werden sie im Sommer 1926 Zeugen sein eines gewaltigen, nicht nur sportgeschichtlich bedeutsamen und nicht nur ästhetisch herzerfreuenden, sondern auch eines proletarischen Macht, proletarischen Aufstieg und proletarische Kultur in einprägsamer Weise verkörpernden Zeitereignisses von allgemein geschichtlicher Kraft.

Der seit über 30 Jahren bestehende Schwimmverein Vera hat in seiner diesjährigen Generalversammlung einstimmig beschlossen, in den deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbund überzutreten. Der Verein zählt über 250 Mitglieder. Der Uebertritt ist nicht nur eine zahlenmäßige Stärkung des reichsdeutschen Arbeiter-Schwimmports, er zeigt auch, daß bei den Arbeitern, die noch bürgerlichen Sportvereinen angehören, immer mehr die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß sie an die Seite der Arbeiterportreier gehören.

Das „Naturfreunde“-Heim in Rönigstein in der Sächsischen Schweiz, zu dem die Pulverhäuser der ehemaligen Feste über dem herrlichen Elbtal ausgebaut worden sind, wurde im Jahre 1925 von 12.511 Wanderern besucht. Darunter befanden sich besonders viele Lehrer mit ihren Schulklassen, die die günstige Reisegelegenheit und die schöne Unterkunft gern in Anspruch nahmen. Da über 300 Betten zur Verfügung stehen, konnten 3334 Er-wachsene, 1495 Jugendliche und 4682 Schulkinder übernachten. 3000 Personen waren Tagesbesucher. — Die Ortsgruppe Darmstadt der „Naturfreunde“ wird in diesem Sommer ihr „Naturfreunde“-Haus eröffnen, das sie sich in mühsamer, monatelanger Arbeit am „Rindidim“, dem schönsten Platz des Oberrheins, in einer Höhe von 415 Meter geschaffen hat. Das neue Haus, das seiner Vollendung entgegengeht, umfaßt außer Küche und Keller im Erdgeschoß zwei große Aufenthaltsräume mit Bibliothek und je einen Schlafraum für Männer und Frauen mit Betten, sowie ein Mattenlager im Dachgeschoß. Es können etwa 170 Personen untergebracht werden. Die Veranden an der Süd- und Ostseite des Hauses bieten mehr als 1000 Personen Platz. Vor dem Hause wird ein Spielplatz angelegt.

Die feudale Sporttreibende Gesellschaft des Bürgerturns hat endlich ihre Sensation gehabt: Nach langem Geplänkel ist an der französischen Riviera der Tennisplatz um die Weltmeisterschaft zwischen der französischen Europameisterin Suzanne Lenglen und der Amerikanermeisterin Helen Wills zustande gekommen. Das Spiel endete mit dem unzweideutigen Sieg der Französin. Darob ein über-

30jährige Erfahrung lehrt, daß die amerikanische Schreibmaschine Smith Premier 60 das Höchste an Dauerhaftigkeit, erstklassigem Material und schönster Schrift verbürgt. Rechnende Schreibmaschine: „SMITH PREMIER ACCOUNTING“ L. & G. Halphen. Prag, Mikuláskva 17. 23. Telefon 2.42. Rechenmaschine: Brunsviga, Mercedes. Additionsmaschine: Dalfon.

spannter Jubel auf der einen, tiefe Niedergeschlagenheit auf der anderen Seite. Im angeführten Lager soll man, wie die bürgerliche Presse zu melden weiß, den Schmerz kaum verwinden, daß eine Französin und nicht eine Tochter Englands, des Mutterlandes des Tennispiels, den Meistertitel trägt. Einer der sportbegeisterten Aristokraten Englands, der Herzog von Westminster, soll sich, um diesem Zustand ein Ende zu machen, entschlossen haben, der französischen Meisterin einen Vertragsantrag zu machen und sie und ihren Meistertitel damit für England zu gewinnen. In Frankreich herrscht angeblich über diesen heimtückischen Plan Bestürzung. Auf alle Fälle ist das Treiben dieser Gesellschaftsschicht bezeichnend für die Art und Weise, wie in bestimmten Kreisen Sport getrieben wird.

Der Rat der Stadt Leipzig hatte der Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Antrag unterbreitet, für den Bau der Bundeschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes eine Beihilfe von 60.000 Mark zu gewähren. Gegen die Stimmen der völkischen Fraktion hat die Stadtverordnetenversammlung diesem Antrag zugestimmt.

In Schottland wurde ein Aushportler, der den Versuch machte, den Torwart einer Fußballmannschaft zu bestechen, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Auf der Høberg-Schanze in Lillehammer in Norwegen erzielte Strömstadt den weitesten, bisher in Europa gestandenen Stfsprung mit 68 Metern.

Prager Fußball von heute. Das ganze Interesse konzentriert sich auf das heutige Ligameisterschaftsspiel Sparta gegen Slavia. Es ist dies das noch rüchdändige und zweimal verschobene Tiefes der Herbstsaison 1925. Sparta müßte dieses Spiel für sich entscheiden, wenn sie die Meisterschaft 1926 erlangen will, da sie schon Punktverlust zu verzeichnen hat. Slavia ist hingegen in keiner guten Kondition; eine Ueberraschung ihrerseits liegt aber durchaus im Bereich der Möglichkeit, da man ihrer Mannschaft in den letzten Tagen einem schärferen Training unterzogen hat. Die beiderseitigen Chancen sind gleich: Sparta hat die bessere Hinterrangschafft, Slavia wieder die bessere Stürmerreihe. Als Schiedsrichter wird Herr Natura fungieren. Inzwischen regnet es aber schon seit einigen Tagen, der Boden wird dadurch tief und das kann eine neue Verchiebung möglich machen. Das Spiel beginnt um 3 Uhr auf dem Spartaplatz. Vorher treffen sich gleichfalls in einem Punktekampf S. K. Madno und Oedie Karlin. — Sonntag vormittags um halb 11 Uhr stellt sich D. F. C. in einem Freundschaftsspiel gegen Meteor VIII seinen Anhängern vor, das der D. F. C. gewinnen müßte.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Soltz.

Maltose - China - Eisenwein mit Lecithin „Leciferdinat Kolár“ wird auf Grund seines reichlichen Inhaltes an Nähr- und Heilstoffen in neuerer Zeit als ein ausgezeichnetes Mittel bei Erkrankungen von Blutmangel, Uebermüde, Schwindel, Altersschwäche u. dgl. Art. Erhöht die Appetitfähigkeit mit bestem Erfolg angewendet. — Widerstand gegen Infektionen, Appetitanregungen, Blutbildung und Gewichtszunahme dieses bewährten Kräftigungsmittels. An Mitglieder der Krankenkassen zum Verordnen zugelassen. — Erhältlich in allen Apotheken.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Cie., PILSEN. Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!

Alle Bücher liefert rasch und billig die Volksbuchhandlung Krammer & Co. Tepitz-Schönau, Theresien-gasse 13 — 26. Großer Lager in preiswerter Selchwarenläden. Bergschiffe senden wir auf Wunsch kostenlos. Piering-Seni u. Essis ist der Beste.